

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.80 M., — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— M., für 1 Monat 2.— M. (Bestellgeb. vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Postcheckkonto Nr. 58 477.

Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18688.

Insetatenpreis:
Die 7gelpaltene Petitzeile 50 Pfg. und 40%, Leitungszuschlag — 70 Pfg.
Dessl. bei Playvorricht. 55 Pfg. und 40%, Leitungszuschlag — 77 Pfg.
Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer frühestens 9 Uhr.
Postcheckkonto Nr. 58 477.

Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Landarbeiterstreiks in der preußischen Landesversammlung

Beschärster Belagerungszustand über Stettin.

Zittau, 18. Juli. Über Stettin ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Automobile mit Soldaten und Maschinengewehren besetzen durchfahren die Straßen. An allen wichtigen Punkten sind starke Feldbahnlinien aufgestellt worden. Um den Bürgerstreit zu begrenzen, hat der Arbeiter-Konsumverein seine Läden wieder geöffnet und den Verkauf von Waren aufgenommen.

Diese Verschärfung des Belagerungszustands ist eine offene Widerreaktion gegen die Regierung — die Militärgewalt pflegt wieder einmal auf die Zivilgewalt.

Stettin, 17. Juli. (W. T. B.) Der Bürgerstreit zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiterschaft hat heute begonnen. Die meisten Löden, auch die Lebensmittelgeschäfte, und Kontore sind geschlossen, ebenso künstliche Apotheken und Volksküchen. Auch die Aerzte verweigern die Hilfeleistung. Das Elektrizitätswerk ist in Betrieb, darüber gibt es weder Gas noch Leitungswasser. Die Straßenbahnen sind nicht bereit leer. Die Eisenbahn steht bis jetzt noch weiter, auch die Postbeamten tun Dienst. Der Dampferverkehr nach den Gebüschen ist bereits gestoppt. Trotz der Arbeitswilligkeit der Schiffsbefestigungen eingestellt werden, da die Streikenden die Abfahrt der Dampfer gewaltsam zu verhindern drohten. Gestern heute abend 6 Uhr werden die Arbeiter und Angestellten vom Fleckenkomitee durch Flugblätter zu Verhandlungen nach verschiedenen Lokalen der Stadt berufen. Geplant wird über das Thema: Grund und Ziel des Generalstreiks.

Berlin, 17. Juli. Die Lage in Stettin war gestern abend unverändert. Der Zugverkehr von Berlin nach Stettin und in entgegengesetzter Richtung erlitt keine Unterbrechung. Der Stettiner Zugverkehr wurde durch die Beamten und Postbeamten aufrechterhalten.

Die Streiks in Greifswald und Stralsund.

Stralsund, 18. Juli. Heute mittag 12 Uhr ist die Bürgerstadt in den Abwehrstreik eingetreten. sämtliche Geschäfte und Läden wurden geschlossen.

In Stralsund wird der Abwehrstreik der Bürgerstadt sehr scharf durchgeführt. Telephon Gespräche mit Stralsund und Telegramme können nicht durchgeführt werden, da nur militärische Gespräche mit Stralsund zugelassen sind. Auch die Postbeamten haben sich dem Ausstand angeschlossen.

Greifswald, 17. Juli. Der für heute morgen angekündigte Beginn des Generalstreiks in Greifswald ist hinausgeschoben worden, weil vom Oberpräsidium in Stettin Maßnahmen ergriffen worden sind, die die Aushebung des Belagerungszustands im Auge haben. Vom Oberpräsidium in Stettin wurde mitgeteilt, daß die Aushebung des Belagerungszustandes im Stadtkreis Greifswald, Landkreis Greifswald, Landkreis Grimmen und auf der Insel Rügen binnen 24 Stunden angeordnet werden wird. Anfolgedessen bewilligte sich die Arbeiterschaft wieder.

Die Landarbeiterbewegung.

Stralsund, 18. Juli. Zu dem Landarbeiterstreik haben heute vormittag neue Verhandlungen zwischen dem Arbeiterverband und dem Pommerschen Landbauamt begonnen.

Greifswald, 18. Juli. (W. T. B.) Der Landarbeiterstreik im Landkreis Frankfurt ist im Rückgang begriffen, da das Militär, welches die Güter besetzt hält, die Arbeiter zur Weiteraufnahme der Arbeit anhält. (1) Die Wiederaufnahme der Arbeit war dringend geboten, da die Albenreute in Gefahr geriet, völlig zu verderben. Gefahr besteht auch für Wintergerste und Rüben. Von dem auf den Gütern eingerichteten Ausschuß des Landarbeiterverbands wurden 15 Mitglieder verhaftet und nach Greifswald weitertransportiert. (1)

Wie dem Lokalangehörigen aus Stralsund gemeldet wird, wäre gestern nach zweitägiger Verhandlung ein neuer Landarbeiterstreik durch beiderseitiges Einigegemeinkommen abgeschlossen worden.

Die französischen Forderungen für die Ermordung Manheims.

Berlin, 17. Juli. (W. T. B.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, ist in der Angelegenheit des erststehenden französischen Quartermasters Manheim eine Rolle hoch eingespielt, in der die Verdeckung des Verfahrens, eine Entschuldigung wegen des Vorfalls, die Übernahme der Kosten der Beisetzung, die Zahlung einer Entschädigung von 100.000 Frank für die Familie des Ermordeten und Zahlung einer Buße von einer Million Frank in Gold durch die Stadt Berlin verlangt werden.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten, die an ihrem Teller die Stimmen mit haben schaffen helfen, aus der der Wort entsprang, beweisen dazu in schroffem Ton, daß der Kriegszustand nicht mehr bestehen, und daß daher die deutsche Regierung mit dem Marschall doch nur über die französische Regierung zu verfechten habe. Das „große“ Blatt sollte ähnlich wissen, was jeder Quatlaner weiß, daß der Kriegszustand erst endet, wenn der Friedensvertrag von mindestens drei alliierten Mächten ratifiziert ist. Durch solche Wörter sucht diese Presse die Aufmerksamkeit von der schweren Misshandlung, die sie an der neuen Verschlechterung der Lage Deutschlands hat.

Die täglichen Hochverratsprozesse in Bayern.

Vor dem Würzburger Standgericht stand der Prozeß gegen die Führer bei der Ausführung der Räterepublik in Würzburg im vergangenen April und die Hauptmitglieder des damaligen dortigen revolutionären Ausschusses statt. Der Philologe Hartig und der Weber Eggenberger wurden zu je sieben Jahren, der Student Ringelmann zu sechs Jahren, der Bizefelsmeier Förderer zu drei Jahren Festungshaft, alle unter Zubilligung mildender Umstände verurteilt.

In Kempen im Münsterland wurde ein Schreiner, der im Münster die Räterepublik ausdrücken und angeblich 20 Millionen Mark im Anhang von der Münchner Räteregierung holen wollte, zu drei Jahren Festungshaft verurteilt.

Wie aus Augsburg berichtet wird, stand dort am letzten Dienstag ein Prozeß gegen den dortigen Kaufmann Olschensky wegen Hochverrats statt. Olschensky war einer der taikräftigsten Führer bei der Ausführung der Augsburger Räterepublik im vergangenen April gewesen und hatte die sogenannte Augsburger Rote Schuhgarde geschaffen. Das Gericht nahm wegen seiner vorzüglichen Haltung im Felde misericordie umständen an und verurteilte den Angeklagten zu sieben Jahren Festungshaft, während der Staatsanwalt lebenslängliche Festungsstrafe beantragt hatte.

Arbeiterherrschaft in Sorrent.

Nach Meldungen aus Italien haben bei den Erhebungen der letzten Woche vor allem die Arbeiter in Sorrent einen vollen Erfolg errungen, den ihnen die italienische Regierung nicht streitig zu machen wagt. Die ganze Stadt wird von Arbeiterräten beherrscht. Das Aussehen der Stadt ist friedlich. Der Grund der Unruhe war die Lebensmittelversorgung, die zum größten Teil durch Kriegswirker veranlaßt war. Aber das Volk und der Rat der Arbeiter haben jetzt die Verteilung aller Lebensmittel übernommen. Die Kommission des Arbeiterrates verlangt in den Läden die Auslieferung der Lebensmittel, die dann sofort 50 Prozent unter dem bisherigen Preise verkaufen werden. Der Arbeiterrat hat eine eigene Polizei gebildet, um eventuelle Plünderungen zu unterbinden.

Der Krieg gegen Sowjet-Russland.

Wien, 18. Juli. Semperger Männer berichten, daß die polnischen Truppen am 15. Juli morgens Tarapol genommen hätten, und daß Denikins Truppen weiter nach Osten vordringen, um noch vor dem Herbst die ganze Ukraine zu besetzen; seine Armee von jetzt 200.000 Mann wachse beständig. Nach Krakauer Blättern soll Sowjetlizen in der Form Autonomie erhalten, daß sein eigenes Parlament die Angelegenheiten der Kultur, des Verkehrs, der örtlichen Selbstverwaltung usw. regelt und das Ukrainische neben dem Polnischen Amtssprache wird.

Einer Neuerischen Meldung aus Helsingfors vom 14. zu folge berichtet ein russisches Blatt, daß die Bolschewisten Perm und Kungur (nahe dem Ural) genommen haben.

Denkholz Fortschritts.

Im englischen Unterhaus erklärte Churchill: Der Chef der britischen Militärmision teilte mit, daß Denikin in den letzten zwölf Monaten über 200.000 Gefangene gemacht habe.

Sozialisierung der Elektrizitätswerke.

Wie die „P. P. A.“ erfahren, bearbeitet der Reichsarbeitssminister eine eilige Vorlage zur Sozialisierung der Elektrizitätswerke einzubringen.

Die entlarvte Heze.

Der preußische Landwirtschaftsminister Braun ist einer der gefährlichsten Gegner der Unabhängigen Sozialdemokratie, eine Folge seines bösen Gewissens, denn sein engstirniger Fanatismus hat nicht wenige dazu vertragen, daß die Opposition seitens aus der Partei hinausgedrängt wurde und daß der Riß immer unheilbar geworden ist. Wenn ein solcher Mann zum Zeugen gegen Beschuldigungen auftritt muss, die jetzt wegen des Landarbeiterstreiks in allen reaktionären Blättern auf uns niedergeprasseln, so ist das sicherlich beweiskräftig. Und die Heze, die Herr Braun gestern in der preußischen Landesversammlung über den Landarbeiterstreik gehalten hat, ist ein solches Ereignis. Freilich, hat er es sich nicht versagen können, auch das Thema von den „unverantwortlichen Hezern“ und den „Spartakisten, Bolschewisten, Kommunisten“ usw. anzuschlagen, womit nach bekannter Weise allemal auch die Unabhängige Sozialdemokratie getroffen werden soll. Wer da er durch die Tatsachen selbst gezwungen war, den wirklichen Schlupfpunkt der Landarbeiterbewegung aufzudecken, da er diese Heze zu neun Gehulden gegen die Funktionen orientieren mußte, so hat er selbst dafür gesorgt, daß diese unvermeidliche Einleitung einer Regierungrede der Herausgabe für nicht mehr genommen wird, als was sie ist, für eine Verbeugung vor dem bürgerlichen Verblüdeten und einem Ausbruch des Hasses gegen die unbedeutende Wahler auf der Linke. Wo Herr Otto Braun sich an Tatsachen gehalten hat, da wird seine Heze eindeutig und so ist sie zu einer Entlarvung der frivolen Heze geworden, die wider die Wahrheit gegen die Landarbeiter und die Sozialrevolutionäre getrieben worden ist.

In dieser hämmerlichen Heze haben Würgens nicht nur die Blätter der Reaktion, nicht nur die der Unter- und der Bonzegesellschaft ihren gehäusten Anteil, sondern auch auf die rechtssocialistische Presse entfällt ein gerilltes Mah dieser Schmach. Der Vorwärts, der seit dem Fortgang Stamps noch mehr jede Richtung verloren hat, denn je — so hat er z. B. am Mittwoch sich noch heftig gegen den Aufruf unserer Partei zu Kundgebungen am 21. Juli gewendet, während er am folgenden Tage, sich selbst ohngefähr, an der Spitze den Aufruf des rechtssocialistischen Parteivorstandes zu ebensolchen Kundgebungen bringen mußte, vorhin bis zum Dienstagabend noch mit dem Brustton der fleißigen Überzeugung den Standpunkt, daß die Landarbeiterstreiks nur die Macht kommunistischer und unabhängiger Hezer seien und hatte deshalb gegen die Verhängung des Belagerungszustandes mit all seinen pommerischen Schönheiten — Zwangarbeit für die Landarbeiter, Verbrennung jedes flüchtenden Häflings mit sofortigem Ersticken nach einmaligem Anruf, Verbot sozialrevolutionärer Blätter selbst als Einschlagpapier usw. — nichts weiter einzurunden. Dann aber kam ihm die Erleuchtung. Otto Braun war klüger als die Redaktion dieses unglaublichen Zentralorgans einer sogenannten sozialistischen Partei und ließ in der Berliner Pressekonferenz seinen Parteigenossen und den bürgerlichen Verbündeten begreiflich machen, daß die Geschäfte gegen die Unter- gerichtet werden müssten und der Belagerungszustand zu bedauern sei, wenn man nicht die Unruhen auf dem Lande zu gefährlicher Größe steigern und sich außerdem jeden Kreis in der Landarbeiterchaft verschützen wolle. Sehr läßt natürlich das brave Centralorgan ebenso unentwegt die Melodie, die ihm Otto Braun vorgespielt hat, wie vorher die entgegengesetzte. Wer braucht in der Provinz ist das Signal nicht überall rechtzeitig bemerkbar. Und die Dresdner Volkszeitung kann heute noch von den Leipziger Neuesten Nachrichten als Kronzeugin gegen die Landarbeiter aufzufeuern werden. In dem Dresdner Blatt herrscht noch das alte Schema, daß wir gestern auch im Leipziger Tageblatt und in vielen anderen österr. und rechtssocialistischen Blättern finden können, wonach die Landarbeiter eben nur die unglaublichen Verzüge der finsternen Pläne der bösen Unabhängigen und Kommunisten sind, die nach einem ganz raffinierten Plan das deutsche Wirtschaftsleben durch Streiks aller Art, bald durch Bergarbeiter-, bald durch Eisenbahner-, Straßenbahner- und jetzt schließlich durch Landarbeiterstreiks lahmlegen und vernichten wollen, um so die Regierung zu stürzen und sie selbst in den Sattel schwingen zu können. Von einer „neuen“ Richtung des deutschen Volkes von innen und von „Streikbewegungen die meist in der leichtfertigsten Weise ohne Wissen und Zustimmung der Organisation frei von jedem Verantwortlichkeit geschieht gegenüber dem hungernden Volksgenossen vom Zaune gebrochen werden“.

Das Dresdner Organ der Rechtssozialisten kann sich freilich da mit entschuldigen, daß es diese erlauchte Anschauung von dem Herrn Heilmann, dem Herausgeber der Sozialistischen Korrespondenz, über von Herrn Hofrichter, dem Macher der Politisch-Parlamentarischen Nachrichten, bezogen habe, die doch als verläßliche Sätze des Regiments Bauer-Noske anzusehen sind. Diese beiden freilichen Leute haben wirklich das ihrige getan, um die Landarbeiter anzuwirken und den Künsten in ihrem Kampfe gegen das Koalitionsrecht ihrer Freiheit behilflich zu sein. In ihrem Gewaltklaus befangen, glaubten sie auf diese Weise die bedrohte Freiheit zu retten und an gleich den gehachten Unabhängigen und Kommunisten einen üblichen Hieb versetzen zu können. Nun haben sie freilich mit der Beharrlichkeit und der Ungeheuerlichkeit, die sie ausdrückt, wieder ununterstellt, und die Dresdner Volkszeitung und einige andre schwäbische rechtssozialistische Organe werden ihnen folgen müssen. Aber auf eine Blamage mehr oder weniger kommt es ja nicht an.

Es ist jammerwoll, daß man sich angefischt so wichtiger Dinge, wie sie in Pommern und andern Stellen auf dem Lande vorkommen, mit diesen Idiotenheiten im rechtssozialistischen Lager überhaupt befassen muß. Aber es ist notwendig, weil der Deutschenheit immer wieder gezeigt werden muß, von welcher Qualität diese Helden sind, die ihr mit erhabener Gedanke ihre Meinung aufzureden unternehmen.

Zur Sache ist zu sagen, daß es mit der scharfen Reise des Herrn Otto Braun natürlich nicht getan ist. Es ist ein Skandal, daß ihr nicht längst die entsprechenden Maßnahmen gefolgt sind. Noch immer besteht der Belagerungszustand in Pommern fort, ber, wie man jetzt erhofft, von der Militärregierung so gut wie ohne Menschen mit den Vollbehörden einfach bestellt worden ist. Welch eine Gescheit dieser Zustand für das Proletariat ist, mag man daraus erschließen, daß Maßnahmen besagen. Militär hieß „die Arbeiter zur Arbeit“ an. Herr Otto Braun hat mitgeteilt, daß der Landbund sich Waffen verschaffte ... vermittelst der von den Rechtssozialisten zugesetzten Einrichtungen von Einwohnermeistern! Und wenn man dazu hält, daß die Vollbehörden in den Gutsbezirken die Güter selber sind, so kann man ermessen, wohin die Bestimmung der Verordnung des Kommandierenden Generals v. Osen führen kann, daß Verhälste, die zu fliehen versuchen, nach einmaligem Antritt niedergeschossen werden können. Die sofortige Beleidigung dieses unglaublichen Zustandes wäre beständig die erwingende Pflicht der Regierung. Aber immer noch bleibt die Aushebung ein bloßes Versprechen. In Stettin ist sogar der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden; offenbar vermag die Militärregierung wieder einmal gegen die Militärregierung nicht aufzukommen. Ist doch noch am selben Tage, da der preußische Landwirtschaftsminister die Güter im Lande als die Schulden gekennzeichnet hat, ein Erlass des Reichstruppenkommandos I zu den ihm unterstellten Generalstabskommandos und Brigaden ergangen, worin unter Hinweis auf „kommunistische“ Haken mit einem Sonderbattal in der „Entzelle“ zu „militärischen“ Maßnahmen je nach den Verhältnissen“ Befehl gegeben wird. Als solche werden auftreten: militärische Kreisen, bärene Patrouillen, Gestellung von Grenzerbettern, Bespannen, Lastwagen, Verhängung des Belagerungszustandes über ein großes Gebiet, um die Streitkräfte und kommunistischen Führer zu verhaften. Und dann heißt es wöhrlich weiter: „Die Landwirtschaft in jeder Beziehung zu unterdrücken. Es wird auch darauf hingewiesen, daß sich unter den aufstrebenden Kriegsgefangenen Tausende befinden, die sich gern als Landarbeiter einstellen lassen.“

Die Militärs schmieden sich also den Kursen um die Möglichkeiten der preußischen Regierung. Die Generale sind heute selbstherrlicher und mächtiger als zu Zeiten Wilhelms. Wenn die Regierung die Widerstandsführung sichern will, so muß sie diesen überreichen Militärs sofort energetisch zeigen, wo die Grenze ihrer Macht ist. Ober darf sie das nicht mehr wagen!

Das Schulkompromiß.

Wilmar, 18. Juli.

Die Verfassungsberatung ist nunmehr bis zum 4. August der Grundriss vorgerichtet, der daß endgültige Schulkompromiß zwischen Zentrum und Rechtssozialisten festlegen wird. Der Geist, der aus diesem Schulkompromiß spricht, kam schon in der Nachmittagsitzung vom Donnerstag zum Ausdruck, als der Abschnitt über Religion und Religionsgesellschaften beraten wurde. Die Fassung, die dieser Abschnitt im Ausschuß erlangt hat, ist, wie Genosse R. mit Recht feststellte, für echte Sozialisten unannehmbar. An Stelle einer klaren Trennung von Staat und Kirche die Einräumung einer Sonderstellung an die Kirche als öffentlich-rechtliche Körperschaft. Und durch die Abschaffung der Staatsfunktionen an die Kirche wird eine Verewigung dieser Leistungen geschaffen, verbunden mit der Awendung staatlicher Mittel für die Betreuung der Kirchensteuer.

Rechtssozialist Quark führt hinter Klage über die Stellung der Bürgerlichen und den Geist der von ihnen geschaffenen Verfassungskartell über die es Gebiet. Über hatte er schließlich ein Recht dazu, nachdem seine Partei diesem Konkurrenzpartei bei dem folgenden Abschnitt über die Schule die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht hatte? Wie darf die Partei, die dem Zentrum die Verwirklichung seiner klerikal-reaktionären Absichten auf die Schule ausdrücklich zugestellt, sich zum Mitteiligen des Zentrums macht, sich über Reaktion beschlagen?

Diesem Auftritt zum Schulkompromiß folgt in der heutigen Vormittagssitzung der Beginn der Erörterung über die Schule selbst. Vorher sind kleine Anfragen und Interpellationen der Deutschen Volkspartei und der Nationalen über den Landarbeiterstreik in Pommern angesetzt. Die aktionspartei hält sich in diesen Interpellationen, „Streik als Folge gemeinschaftlicher Aktionen spartanischer ... kommunistischer Umtriebe“ hinzugezogen. Nach dem Eingeständnis des preußischen Landwirtschaftsministers, der die Ausdehnung des Streiks als Folge des Belagerungszustandes bezichnet, läßt sie ihn die Ausrichterhaltung dieser Sagen schwer fallen.

Wilmar, 18. Juli 1919.

(Eigene Drahtmeldung.)

Nach dem Berichtsfaller Weiß, der die Vorlage des Ausschusses vertreibt, ergreift der Minister des Innern David das Wort, um das Schulkompromiß zu verteidigen. Das Maß der Schande der Rechtssozialisten wird dadurch gefüllt, daß einer ihrer Minister die Verteidigung dieses reaktionären Pakets übernahm, daß ein Minister,

sich immer noch Sozialdemokrat nennt, sich von rechts her wendet gegen die Anträge der Demokraten in der Frage der Privatschulen, die wesentlich sozialistischer sind, als die, die im Schulkompromiß zum Ausdruck kommen, daß er schließlich wagt, daß im Schulkompromiß festgelegte Spendenweisen für beschäftigte unbemittelte Schüler als einen Triumph der Sozialdemokratie zu feiern. Die Schamlosigkeit kann nicht weiter getrieben werden als es Herr David tut, als er dieses Kompromiß noch einen Fortschritt hinzustellen sucht.

Der rheinische Schul-Östpreußen übernahm nach Davids Weitervererbung des Kompromisses. In gleicher eleganter Züge mußte er zugeben, daß sozialdemokratischen Grundsätzen das Komprimes nicht entspreche, sondern daß es geboren sei aus dem Bestreben, die Koalitionsregierung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie aufrecht zu erhalten. Es ist bezeichnend, daß zwei Regierungsteile waren, ein Staatssekretär und ein Unterstaatssekretär, die sich bemühten, dieses Komprimes zu beschönigen.

Die Dispositionen der Nationalversammlung.

Wilmar, 18. Juli.

Die Nationalversammlung hat auch am Donnerstag eine Sitzung von morgens früh bis abends spät abgehalten und wird auch heute wieder von früh 4-10 Uhr mit kurzer Mittagspause bis abends tagen. Die Veratung der Verfassung wird in jedem dieser Tage nicht zu Ende gehen. Sie bließe heute über die Erledigung des Abschnitts über die Schule kaum hinauskommen. Am Sonnabend wird die Interpellation der Rechten über Beamtenfragen erledigt werden. Am Montag wird dann die Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer folgen. Die anschließende politische Aussprache ist auf drei Tage berechnet, so daß es am Donnerstag nach mittlerer Woche mit der Veratung der Verfassung fortgefahren wird.

Ein russischer Aufruf an das Entente-Proletariat!

Budapest, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Ein Punktspruch aus Petersburg meldet: Das Präsidium des akademischen Centralrates der Gewerkschaften hat an die Arbeiter der Entente-Länder einen Aufruf gerichtet, in dem er hervorhebt, daß es bereits zwei Jahre sind, seitdem das russische Proletariat es gewagt hat, die Reien des Zarismus und des internationalen Kapitalismus abzuschütteln, und seitdem die Bourgeoisie aller Länder sein Verbündeter ist. Kornilow, Kaledin, Denikin, Koltschak und die anderen sind die Lieblingshelden der Entente-Bourgeoisie und der Entente-Meglerungen geworden. Diese haben überdies ihre Truppen nach Russland geschickt zum Zweck der Erdrosselung der Revolution. Nach dem Sieg der Entente über die Mittelmächte ist die Krise gesunken und die Entente-Meglerungen schachen und handeln mit beispiellosem Zynismus mit den Völkern der Erde und legen ihren Raden in Ketten. Gegen Sovjetrußland schicken sie die polnischen Reaktionäre, die rumänischen Bosaren, die estnischen, litauischen und deutschen Wehrabkömmlinge und die finnische militärische Koalition. Sie halten Archangelsk in ihrer Gewalt und geben Koltschak, Denikin und Kubanisch die erforderliche Macht zum Angriff auf das revolutionäre Russland. Sie schützen die wehrharden Russlande im Herzen Russlands und versuchen auch Sovjetungen zu erobern. Paris ist zum Zentrum der Weltreaktion geworden. Versailles ist wieder, wie zur Zeit, wo die französische Kommune in Blut ertrankt wurde, das Hauptquartier der Helden der Volksbewegung. Die Arbeiter der Entente-Länder werden gefragt, ob sie es noch lange ertragen werden, daß ihre Regierungen die sozialen Revolutionen in Blut zu ertränken versuchen. Das russische Proletariat kämpft unerschütterlich und erträgt den durch die Blockade verursachten Hunger und andere Leiden. Die internationale Gegnerrevolution steht ihre Gangarten nach seiner Gurgel, aber die unerschütterliche Überflut auf den Sieg der Revolution gibt dem russischen Proletariat die Kraft, im Kampf fortzufahren. Auf seinem Vorposten der Weltrevolution wartet es, bis die Arbeiter der Entente-Länder zu Hilfe kommen. Nieder mit den imperialistischen Räuber! Es lebe die internationale proletarische Revolution! Es lebe die internationale Sozialrepublik!

Um Axelrod.

Trotzdem Axelrod als Vertreter der russischen Sovjetregierung bei ... deutsche Auswärtige Amt in Berlin ausgegeben hat, daß A. sich in Wirklichkeit einer diplomatischen Ausweisarie befindet, ist der Termin zur Verhandlung des Hochvertragsprozesses vor dem Landgericht München auf den 28. Juli 1919 angesetzt.

Wir sind imstande, ein Radiotelegramm zu veröffentlichen, das die russische Regierung an Herrn Dr. Rosensfeld als den Verteidiger A. gesandt hat. Das Original ist dem Standgericht in München vorgelegt worden.

Aus diesem Radiotelegramm geht hervor, daß die russische Regierung nicht nur Lieutenant Bertram, sondern auch andere Personen als Geisel festgenommen hat. Es lädt sicherner der Schluss ziehen, daß die russische Regierung während der bayrischen Mätekregierung noch München gefunckt hat. Axelrod sei ihr Vertreter bei der bayrischen Mätekregierung. Dieses Telegramm kam offenbar deshalb nicht an dem Bestimmungsort an, weil von Räumen aus, wie uns von sachverständiger Seite gesagt wurde, damals jeder Verlehr zu der Münchner Station durch die ständige Wiederholung des Buchstabens „S“ gestört wurde.

Auf Grund des vorliegenden Sachenmaterials kann man nun mehr folgendes sagen:

A. ist einmal bei der Mätekregierung als diplomatischer Beamter bestellt worden und damit extraterritorial geworden. Seine Extraterritorialität konnte er bis heute nicht verlieren, da er keine Möglichkeit hatte, unter sicherem Geleit in seine Heimat zurückzukehren und er ja bekanntermassen sogar von dem bayrischen und württembergischen Ministerpräsidenten an der Abreise gehindert wurde.

Sodann ist er auch durch den seinerzeitigen Punktspruch der russischen Regierung nach München, der nur durch die Schuld der Münchner Station bis heute nicht zur Kenntnis Axelrods gelangt ist, zum diplomatischen Vertreter der russischen Regierung ernannt worden und kann daher auch aus diesem Grunde die Rechte der Extraterritorialität für sich in Anspruch nehmen.

Der Wortlaut des Telegramms ist:

„Leutnant Bruno Bertram in Charlottenburg genommen. Wird besonders als Geisel bezeichnet nebst anderen für Axelrod. Wir haben bereits die deutsche Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß wir Axelrod Prozeß als politische Aktion und nicht als rechtshärtige Justiztat bestreiten. In der Regierung der bayrischen Mätekrepublik, die mit uns eng verbündet war, fungierte Axelrod als Bündesligist mit unserer Regierung, die lehnte vor Bayern vertreten, mit allen Rechten, welche Vertretern zukommen. Die Beziehungen zwischen der Berliner und der Münchner Regierung stehen uns nichts an, und indem Axelrod von uns eine gewisse Eigenschaft bekommen hat, kann diese durch die Beziehungen zwischen der Berliner und der Münchner Regierung nicht berührt werden. Die Folgerungen daraus werden wir in vollem Maße ziehen.“

Vollzommis des Auswärtigen, E. Schlesserin.

Die englische Bergarbeiterbewegung.

London, 18. Juli. (Menter.) Auf der Bergarbeiterkonferenz in Keswick wurde eine Entscheidung angenommen, in der der Zusammenarbeit mit der Regierung zwecks Steigerung der Kohlenförderung zugestimmt wird, falls die Regierung bereit ist, sich zu verpflichten, die in dem ersten Bericht der Kohlenkommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erfordernis in Wirklichkeit treten zu lassen und ein Gesetz zur Verstaatlichung der Bergwerke einzuführen. Mit überwältigender Mehrheit beschloß die Konferenz, daß durch Bonar Law geforderte Versprechen, daß innerhalb dreier Monate keine Nebelbelastung stattfinden sollte, nicht zu geben.

Kein Vormarsch der Entente auf Budapest.

Budapest, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Die Times brachte eine Nachricht, wonach der zentralistische Vormarsch auf Budapest bereits begonnen hätte und Artillerie und Sturmtruppen bereits auf 8 Kilometer vor Stadt nahegelegt wären. Es erscheint vollkommen überflüssig, sich mit dieser Nachricht zu beschäftigen, nachdem ja Leibermann weiß, daß gegen Budapest ein zentralistischer Vormarsch nicht begonnen wurde. Es ist ein Zeugnis völliger englischer Unorientierung, wenn ein englisches Blatt eine derartige Behauptung bringt.

Die italienischen Eisenbahner widerrufen den Streikbeschluß.

Eugano, 18. Juli. (Ull.) Der Hauptausschuß der Eisenbahner-Gewerkschaft hat unter Hinweis auf die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß in die Innere Angelegenheiten Ungarns und Italiens nicht eingemischt werden soll, den Streikbeschluß widerzusagen. Auch die Post- und Telegraphenarbeiter gelten Befolgen, sich dem Generalstreik anzuschließen. Trotzdem soll die Fortsetzung der italienischen Sozialdemokraten den Streikbeschluß aufrechterhalten.

Internationale Organisation der Lebensmittelversorgung?

Amsterdam, 18. Juli. (Menter.) Manchester Guardian schreibt, die britische Regierung hoffe, daß eine Art von Weltkooperation (Zusammenarbeit) eingerichtet werden wird, um die Lebensmittelversorgung Europas sicherzustellen. Sie schlägt vor, den Obersten Wirtschaftsrat bestehen zu lassen. Er soll seinen Sitz in Washington haben. Nicht nur den Neutralen soll geraten werden, dieser Organisation beizutreten, sondern auch Deutschland und die übrigen feindlichen Staaten sollen binnen kurzem zum Beitritt aufgefordert werden. Damit würde der Oberste Wirtschaftsrat auf gleichen Fuß mit dem Völkerbund gebracht werden. Man rechnet zugleich damit, daß es sich vielleicht zu einer Bildung des Völkerbundes entwickeln werde. Amerika hat den Plan noch nicht zugestimmt und soll auch nicht dazu geneigt seyn. Die Amerikaner wollen nicht länger als nötig irgendwelche Verantwortung in Europa übernehmen oder Europa Einfluß auf ihre eigenen Angelegenheiten gestatten.

Amsterdam, 18. Juli. Wie das Pressebüro Radio aus New York mitteilt, wurde die Bildung einer Organisation zwecks Errichtung der Kinder in Europa befürwortet. Sie wird das von der amerikanischen Ölorganisation begonnene Werk in Europa fortsetzen.

Die bulgarische Friedensdelegation.

Paris, 18. Juli. Die bulgarische Friedensdelegation wird in Neuilly untergebracht werden. Sie setzt sich zusammen aus Ministerpräsident Theodorow, Justizminister Danew, Handelsminister Sakowski, dem Minister der öffentlichen Arbeiten Stambovitsch und dem ehemaligen Minister Sarazow. Zu Sachverständigen gehört der ehemalige Ministerpräsident Geschow. Die Delegation trifft am 26. Juli ein.

Lehrer gegen den Schulvertrag.

Die sozialistische Lehrerschaft des niedersächsischen Industriegebietes beschäftigte sich mit der schwachvollen Auflösung der Schule weiter Gedanke an das Zentrum. Auf einer Tagung in Düsseldorf beschloß sie folgende Resolution:

„Die Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen des Industriegebietes Niedersachsen spricht einstimmig ihre schmiedliche Enttäuschung und lebhafte Enttäuschung über das geplante Schulkomprimes aus, das die Herrschaft und den Bank der Konfessionen in der neuen Republik vereinigen soll. Sie erachtet im Komprimes einen offenen Vertrag an der sozialistischen Weltanschauung und bittet die Zeitung der U. G. P. D. in leichter Stunde ein solches Komprimes unbedingt zu verhindern und an der weltlichen Einheitschule unentwegt festzuhalten.“

Deutschland.

Der Widerstand gegen die Finanzhöheit des Reichs.

U. Weimar, 17. Juli. Die Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg und Hessen beraten einen gemeinsamen Schritt, bei der Reichsregierung gegen die Vereinheitlichung der Steuerverwaltung durch das Reich vor. Dagegen wollen sie sich mit der Reichssteuerneuerung als absolute Notwendigkeit absindern.

Der Finanzausschuß der bayrischen Kammer legt den Fraktionen eine Resolution vor, wonach mit aller Entschiedenheit gegen die neuen Reichsfinanz- und gegen die neuen Reichsfinanz-Verwaltungspläne protestiert wird, wie sie in der Ministerkonferenz vom 18. Juli in Weimar bekanntgegeben wurden. Er fleht in ihnen den Untergang der finanziellen wie der politischen Selbstständigkeit der Einzelstaaten auf, welche ihr Willen und Gedanken und das Willen und Gedanken Deutschlands begründet ist. Er erwartet ein Einhalten in allen Verwaltungsplänen (Pläne, die die Einzelstaaten völlig dem Reich unterstellen) gegen die Einzelstaaten, da er darin eine schwere politische Gefahr für das Reich und seinen Bestand erblickt.

Zum Kapitel Preßfreiheit.

Das Verbot der sozialistischen illustrierten Wochenzeitung Die Freie Welt ist auf Befehl József Noskis wieder aufgehoben. Wochen hat es gebauert, ehe man sich zu diesem Entschluß aufzustellen konnte. Dagegen wurde das Verbot der Deutschen Zeitung, eines nationalistischen Heftblattes allergrößter Güte, das wegen eines ausprägenden Nachdrucks gegen die Entente und

verfolgt, am nächsten Tage wieder aufgehoben. Die Republik ist bereits seit einer Monatsfrist verboten und darf immer noch nicht wieder erscheinen. Es ist eben ein gewaltsiger Unterstand, ob es Blatt im Gerichte revolutionärer oder gegenrevolutionärer Umtriebe steht. Welcher Art der Unterstand, erkennt man an der Dauer der den Märttern auferlegten Erschließungsverbote.

Aleine Auslandsnachrichten. England verschließt sich den Angehörigen der Misselmächte.

London, 18. Juli. (Reuter.) Die Kommission zur Prüfung des Gesetzentwurfs betreffend Ausländer stützt eine Bestimmung ein, durch die den Angehörigen früherer feindlicher Staaten die Einwanderung und der Aufenthalt in England während zweier Jahre nach Annahme des Gesetzes verboten wird, außer mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus besonderen Gründen erteilt wird.

Der britändische Volkstrat, der, wie gemeldet, am Freitag in Mitte wieder zusammengetreten ist, hat die Regierungswelt in die Hände eines neuen Ministeriums Ulmanns gelegt. Ohne gebraucht auch zwei Deutschen an.

Regierungsschlußtritt in Spanien. Das spanische Kabinett Maura ist am Mittwoch wegen der Abstimmung der Kammer über die Wahlministräume zurückgetreten.

Ein deutscher Gefangener wurde am Sonnabendabend von einem Posten des Pariser Lager Österreich (England) erschossen. Es verlautet, daß der Gefangene einen Steigemeister gegen den Posten geworfen hatte.

Die Lage in Ungarn.

Die Rumänen und Ungarn.

Budapest, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Von der Vereinbarung, die zwischen der Friedenskonferenz und der ungarischen Räteregierung getroffen wurde, und die nach Ansicht der ungarischen Räteregierung eine das eigene Wort und die eigene Unterschrift wechselseitig respektierende Abmachung sei sollte, hat sich herausgestellt, daß sie den einzigen Zweck hat, die ungarische Räteregierung hinter sich zu führen. Wohl hat Clemenceau in Aussicht der Friedenskonferenz dafür gesorgt, daß, sobald die Ungarn die Slowakei verübt haben, die Rumänen sich ebenfalls hinter die von der Friedenskonferenz festgesetzten Grenzen zurückziehen werden. Allein in der Friedenskonferenz liegen ausnahmslos Gentlemen, deren Worte und Versprechungen nur in ebensolchen Kreisen verständlich. Und daß eine proletarische Regierung diesen Auftrag auf Ebenbürtigkeit nicht erledigen kann, wer will das bezweifeln? So kommt es, daß die Rumänen keine Waffe machen, die von der Friedenskonferenz beigebrachte Werte zu begleiten, obwohl die Ungarn den sie betreffenden Teil der Vereinbarung schon vor zwei Wochen restlos erfüllt haben. Auf die lebte Note, die Vela Khun an Clemenceau rückte und in der er diesen ersucht, die Rumänen zur Durchführung der mit seinem Worte vertragten Abmachungen zu bestimmen, erholt Khun die kurze Verständigung, daß die Friedenskonferenz mit der ungarischen Räteregierung nicht verhandelt, weil diese die Waffenstillstandsbedingungen nicht erfüllt habe. Um welche Waffenstillstandsbedingungen es sich handelt, wird direkt verschwiegen und vermutlich ein ewiges Geheimnis bleiben, obwohl der Rätebeamte Vela Khun in seiner kurze abgesandten Note um höhere Bekanntheit erucht und dabei die Regierung erzürnt. Eine Menge solcher Fälle anzuschlagen, wo die Tschechen und Rumänen die Bedingungen mit silbernen trocken.

Budapest, 14. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Saut der Vereinbarung, die fürstlich zwischen General Petiet, dem Befehlshaber der tschechischen Streitkräfte und der ungarischen Räteregierung getroffen wurde, hatten die Rumänen sofort nach der Konföderation der Slowakei durch die Unparteiischkeit der Theißi die geballten Gebiete zu räumen. Tropfen die Ungarn die im siegreichen Kampfe eroberten Gebiete vereinbarungsgemäß räumten, machen die Rumänen keine Waffe, die von ihnen zu räumenden Gebiete, die sie übrigens bereits vollständig ausgeplündert und evakuiert haben, zu verlassen. Sie haben sogar verlaufen lassen, daß sie nicht genugten, die zwischen dem tschechischen Oberkommando und der ungarischen Regierung getroffenen und durch das Ehrenwort Clemenceaus verbindliche Abmachung zu rezipitieren. Parallel mit den Protesten, die die ungarische Regierung beim General Petiet bestimmt erhebt, wendet sie sich heute auch an den Präsidenten der Friedenskonferenz, Clemenceau, mit einer Note, in der dieser an sein Ehrenwort erinnert und aufgerufen wird, diesem gegenüber den Rumänen, die in Ehrenzonen minder scrupulos zu sein scheinen, Geltung zu verschaffen.

Die Landarbeiterbewegung vor der preußischen Landesverfassung.

In der Sitzung der preußischen Landesversammlung vom Donnerstag, 17. Juli, wurden Anträge der Deutschnationalen, der Sozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten verhandelt.

Über die Verhandlungen wird berichtet:

Abg. Koch-Deyhausen (Deutschnat.): Der Landarbeiterstreit droht sich zu einer Machtkampf auszuwachsen. Seit dem berühmten 9. November rollt der Staatskampf unaufhaltsam weiter dem Abgrunde zu. Eine selbstsame Rolle spielt dabei der Landwirtschaftsminister mit seiner gestern eben veröffentlichten sonderbaren Auskunft. Die spartanisch-kommunistische Richtung verfolgt offenbar den Plan, das Wirtschaftsleben Deutschlands überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Nach den Versuchen im Kohlenbergbau und bei den Eisenbahnen verucht man es auch bei der Landwirtschaft, um den letzten Rest unseres einst so blühenden Wirtschaftslebens zugrunde zu richten und dadurch den Boden für eine neue Revolution vorzubereiten. Das hat auch der Vorwärts ausgegeben, und das Berliner Tageblatt hat urkundliche Beweise dafür abgebracht. Wir müssen dafür sorgen, daß die Landwirtschaft nicht vor die Hölle geht. Das ist nur möglich, wenn die Regierung festigt zeigt. (Vorfall rechts.)

Abg. Schmidt-Röpenack (Soz.): Die Rechte hat es soweit gebracht, daß die Gefahr eines Landarbeiterstreits droht. Sie macht Stimmung gegen die Landarbeiter, um ihnen das Koalitionsrecht zu rauben. Die ganze Hölle kommt vom Pommerschen Landbund her. Die Landarbeiter werden ausgenutzt zur Erziehung politischer Siedler. (Ratlosigkeit links; Unruhe rechts.) Aber die alten Seiten sind vorbei. Auch der Landarbeiter hat Anspruch auf gute Bezahlung. Mit den Sparzialisten sind die Junker viel näher verwandt als wir. (Sehr richtig! bei den Soz.) Manche Güstelicher zeigen ganz offen, es möchte noch viel schlimmer werden. (Hört, hört! links.) Der Belagerungszustand ist verhindert worden, ehe es überhaupt an Unruhen kam. Seit Wochen bemühen wir uns um eine Einigung, aber der Landbund schleift die Entscheidung hinaus. Auch die Landarbeiter wollen das Mitschlüssigkeitsrecht. Die Angriffe des Theodor von der Osten auf dem Deutschnationalen Parteitag gegen meinen Parteifreund Dr. Grimm sind unerhörbar. Der Landwirtschaftsminister wird darauf antworten, denn die Seiten sind vorbei, wo das Landwirtschaftsministerium die Domäne der Junker war. In der Quelle saß der Knabe, aber diese schönen Seiten kommen nicht wieder. (Theodor und Zustimmung links.) Die Methusalem in der Presse sind teilweise geschildert. Das Vieh wird gefüttert und gemolken und die Milch wird abgeleert. (Hört, hört! bei den Soz.) Wo das unterliebt, schreiten wir ein. Wenn die Landarbeiter noch nicht geschult sind, so liegt das daran, daß ihnen früher kein Koalitionsrecht nicht gestand. Warum ist die Regierung nicht

gegen den Pommerschen Landbund eingeschritten? Bei einer zweiten Revolution werden die Herren, die für die leibige Bewegung verantwortlich sind, nicht so glimpflich davonkommen wie bei der ersten. (Zurufe: Bodenlose Hölle!) Für Sie ist jeder ein Hörer, der Arbeiterinteressen wahrnimmt. Auch der Christliche Landarbeiterverband möchte sich diesen Vorwurf gesunken lassen. Das Militär ist überall zum Schutz der Arbeitgeber ein wegen der engen Verwandtschaft der Offiziere mit den Guisebären. Der Landarbeiterverband zählt schon über 300 000 Mitglieder und wird bald eine Million überschreiten haben. Dann wird sehr Einstellung groß genug sein, daß das ländliche Proletariat nicht mehr mit sich Schindluder spielen zu lassen braucht. (Vorfall bei den Soz.)

Abg. Wehrlhoff (U. G.): Heute aufgeklappt auf die kommunistische oder spartanistische Hölle gerade diejenigen Mitbürger am allermeisten, die, wie Bucherer und Schäfer, vor ihrer eigenen Türe zunächst lehren sollten. Die Hölle von rechts wird auch von den Reichstagsabgeordneten unterstützt, namentlich von dem Journalisten und Mitglied dieser Versammlung, Herrn Hellmann, der nicht müde wird, in der Presse zu behaupten, daß die Kommunisten und die Unabhängigen immer neue Kategorien von Arbeitern in den Streit hineinheben. Damit hat sich Herr Hellmann in die Gefellschaft jener journalistischen Schwanzfinken begeben, welche aus 100 Bechern das Gift trinken, das die Gehirne zur politischen Verdummung und Verhempfung führt. (Sehr richtig! bei den U. G.) Auch die Landarbeiter fordern das Mitschlüssigkeitsrecht bei Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; die Großgrundbesitzer wollen das nicht einsehen und darin liegen die Ursachen des Streits. Wo man sich mit den Arbeitern geeinigt hat, wie z. B. im Havelland, geht alles höchstlich zu. Die Landwirtschaft ist durch den Krieg zum Wohlstand gelangt, und da ist es begreiflich, wenn jetzt auch die Landarbeiter ihren Anspruch auf ein menschenvolles Dasein geltend machen. Eine ungesehene Verfügung, wie sie der Kommandierende General v. Ozen in Pommern erlassen hat, die alle Versammlungen während der Arbeitzeit verbietet, einen unglaublichen Arbeitsaufwand einflößt und die Verwendung von Zeitungen selbst als Einschlagepapiere unter schwere Strafe stellt, hätte man selbst unter dem alten Magne nicht für möglich gehalten. Das Land steht immer noch unter der Diktatur einer handvoll Herrschens.

Landwirtschaftsminister Braun: Die Regierung hat alles getan, um die drohende Gefahr abzuwenden. Es wäre verwunderlich, wenn das Streitlobere gerade die Landarbeiter verschonen würde, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch heute noch die allerreichstesten sind. Die Revolution hat die Landarbeiter von den politischen Fesseln befreit, aber zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Befreiung bedarf es noch der planmäßigen Einwirkung durch die Landarbeiter selbst. Heute steht sich der Mangel an Organisation und gewerkschaftlicher Schulung bei den Landarbeitern, die von den älteren Machthabern systematisch und brutal gekämpft worden sind. Heute wird diese Situation durch einzelne kommunistische Agitatoren, wenige verbrecherische Elemente, ausgenutzt, die an die Stelle der Demokratie den Terror und an die Stelle des wahren Sozialismus einen rohen Landarbeiterkampf setzen. (Große Unruhe bei den Unabhängigen.) Gegen sie muß und wird mit allen Mitteln vorzugehen werden, dazu steht das ganze Volk geforderte Landarbeitergewebe dem Staat, das moralische und formelle Recht. Ein klarer Vorsprung gegen sie ist aber nur berechtigt, wenn es sich wirklich auf diese Elemente beschränkt und wenn die berechtigten Ansprüche der Landarbeiter erfüllt werden. (Sehr richtig! links.) Vom ersten Tage meiner Ministerialität an habe ich mir eine gründliche Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landarbeiter vorgenommen und habe im engsten Einvernehmen mit den Gewerkschaften der Landarbeiter gearbeitet.

Die Arbeitnehmer haben vielfach versagt,

weil sie Jahrzehntlang auf die Kämpfung der Landarbeiterorganisation eingestellt waren, zum Teil waren sie auch gar nicht gewillt, dem neuen Geist Rechnung zu tragen. (Hört, hört! links.) Einem befürbten Fehler in der Ministerium ist es gelungen, mit weitestgehender Unterstützung der Landarbeiterverbände viele alte Tarifverträge abzulehnen. Nebenbei hatten wir Erfolge, wo nicht von den Arbeitgebern die Herbeführung des Wirtschaftslebens geradezu sabotiert worden ist. Solche Kreise sind das Gegenteil zu den Kommunisten und nicht weniger gemeinschaftlich als diese. In beide arbeiten sich einander in die Hölle. (Sehr richtig! links.) — Zurufe: Blaue Spartalisten! — (Hört, hört! links.) Dem gelungen Krieg der Landarbeiterhaft ist es zu verdanken, daß es bisher nur vereinzelt zu Landarbeiterstreiks gekommen ist.

Der Pommersche Landbund

versucht in Wahrheit politisch-reaktionäre Hölle (Hört, hört! links; Überspruch rechts), er hat es auch verstanden, den militärischen Apparat in seine Dienste zu stellen und sich in den Besitz von Waffen zu sezen. Gewisse militärische Kommandostellen bedienen mit diesem Landbund unter einer Decke. (Hört, hört! links; Zürmen rechts.) Der Pommersche Landbund hat sogar die Landarbeiterfamilie für Pommern für seine politischen Ziele missbraucht. (Gitternichts hört, hört! links; — Großer Zürn rechts und links; Beweise!) Wir haben dies durch Haussuchungen festgestellt. Minutenlanger Zürn rechts. Zurufe: Standhaft! Ungeheuerlich! Diese Haussuchungen waren absolut gebleibt. Sie (nach rechts) waren bisher nicht gewohnt, von dieser Stelle solche Worte zu hören. Sie werden sich jetzt daran gewöhnen müssen. Bei Austritt der Revolution haben sich diese Kreise ins Mauseloch verkrochen, jetzt aber treten sie mit der alten Anschauung auf den Plan. In gewissenlosen Welt werden noch heutige Landarbeiter gemahnt wegen Ungehorsams zu einer Organisations oder zu einer den Konservativen unangenehmen Partei. (Hört, hört! links. — Zurufe: Blaue Spartalisten! — Hört, hört! links.) Dem gelungen Krieg der Landarbeiterhaft ist es zu verdanken, daß es bisher nur vereinzelt zu Landarbeiterstreiks gekommen ist.

Einzelne Landkreise

haben ihre Aufgabe richtig verstanden, andre haben sich in den Dienst des Pommerschen Landbundes gestellt, und in deren Kreisen herrscht Unruhe und Streit. (Hört, hört! links.) Diese „zuverlässigen“ Landkreise hat der Landbund durch Extraktorene zusammengezogen. Solches Treiben ist im höchsten Grade gemeinschaftlich und aufreibend. Die Herren im Pommerschen Landbund, die diese verbrecherische Tätigkeit ausgelöst haben, müssen mit derselben Strafe bestraft werden, wie die kommunistischen Streitheer, denen sie die Hölle in die Knie zwingen. (Zürn rechts; Vorfall links.) Diese Herren haben es sogar erwartet. Beanie des Landarbeiterverbands an befreiten und neuen Kommunisten durch Entlassungen aus Jagd und gesellschaftliche Sicherheitsstellen von seiner Pflicht abzuhalten. (Gitternichts hört, hört! links; Zürn rechts und Zurufe: Beweise!) Was ich vorfrage, kann ich alles beweisen. Als das möglich, hat man den Mann mit der bekannten struppeligen Art bestimmt, mit der Konservative von lebhaften Gegnern zu verunsichern. (Sehr gut! links; Zürn rechts.)

Nach meinen Freiheiten sind die Behauptungen des Herren von der Osten auf dem Deutschnationalen Parteitag nicht nur unrichtig, sondern das Gegenteil ist wahr. (Hört, hört! links.) Dr. Grimm ist es gelungen, zur Verhinderung eines Streits unter strengeren Schwierigkeiten eine Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen. Seine Tätigkeit ist auch von Landkreisen, die der Rechten nahestehen, durchaus anerkannt worden. Er hat eindeutig vor dem Streit gewarnt und es ist merkwürdig, daß man ihn in dieser Weise angegriffen hat. Wenn es ihm nicht gelungen ist, überall den Streit zu bannen, so sind die Herren vom Landbund daran schuld. (Zürn rechts.) Die Verhängung des Belagerungszustands war

ein großer Fehler

und ich habe sofort die Aufhebung verlangt. Die bolschewistischen Elemente von rechts müssen zur Ruhe gebracht werden, dann werden Streits verhindert werden. Ein Erstrebtes ist unter allen Umständen zu vermeiden, er ist heute entweder ein Wahnsinn oder Verbrechen. (Sichere Zustimmung.) Die Staatsgewalt wird die Landarbeiter auch gegen die terroristischen Elemente schützen, die sie an der Seite

arbeit verhindern wollen. Die Ernte muß den Bolschewisten von rechts und links zum Tross in die Scheune gebracht werden. (Vorfall bei den Soz.)

Unter großem Zürn der Unabhängigen Sozialdemokraten wird nach einer Geschäftsführungsdebatte der Vorsitzende des Präsidienten angenommen, die für die einzelnen Abgeordneten Redeteile zu verlängern, während Abg. Adolf Hoffmann beantragt hätte die Verkürzung der Redeteile überhaupt fallen zu lassen.

Präsident Reinert hat, Muhe zu halten. Wenn in diesem Ton weiter verhandelt werden sollte, dann setzt er gezwungen, daß Präsidenten zu verlassen. (Bewegung.)

Abg. von der Osten (D. Nat.): Der Minister hat in jüngster Zeit geantwortet. Der Horn ist selten ein guter Ratgeber. Es war meine Pflicht, auf Grund gleichzeitiger Antrömungen das Motiv gegen Dr. Grimm vorzubringen, zwei Administratoren und zwei Leiter wollen mit ihrem Eid für die Nichtigkeit jener Ausschüttungen einstehen. Dr. Grimm hat noch nach der Revolution versucht in Ostpreußen bei der Deutschnationalen Partei unterzutreten (Hört, hört!) Er hat tatsächlich zum Widerstand gegen die Arbeitgeber direkt aufgerufen, den abgeschlossenen Tarifvertrag als für die Arbeitnehmer ungünstig angesehen, und den Arbeitern in einer Versammlung in Schleswig-Holstein gefragt, daß sie sich zusammenzuhören möchten, um die Dunker auf die Knie zu zwingen (Zürnichts Zustimmung links), daß in Hinterpommern noch alles beim alten sei (Wiederholte Zustimmung links), daß man sich durch Teilstreiks unbedingt mache, daß man mit dem Generalstreik so oft vorgesetzt müsse, bis die Dunker endlich zu Kreuze schreien. Auch wir wollten eine friedliche Verständigung mit Tarifverträgen, aber sowohl die Landwirtschaft als auch die Kommunisten haben die Verhandlungen verhindert. Ich vermissen hier den Minister des Innern. Die Haltung des Oberpräsidenten scheint sehr schwankend gewesen zu sein. Mit militärischer Hölle war notwendig. (Sehr richtig! rechts.) Die Linken unterscheiden hier über Dinge, von denen sie keine Ahnung haben. Herr Braun ist kein Minister für, sondern gegen die Landwirtschaft (Sehr richtig! rechts. Zürnichts links.) Das Schlimmste ist, alle diese Fragen partizipativ zu betrachten. Die Landwirtschaft ist unpatriotisch. (Vorfall bei den Soz.)

Ein Antrag Abg. Hoffmann auf Bewilligung längerer Redeteile den der Antragsteller ausführlich begründet und den der Präsident Reinert dahin charakterisiert, daß damit die Verhandlungen fortgesetzt gesetzt werden sollten, wurde gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Abg. Thauner (Soz.): Die Pommersche Landwirtschaft hat sich in der Tat in den Dienst des Landbundes gestellt, der im März 1915 gegründet wurde und eine Fortsetzung des Pommerschen Bauernbundes ist, der vor dem Kriege viele Arbeiter ins Gefängnis gebracht hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Landbündler von Bonn hat offen gesagt: Wir wollen keine Tarifverträge, wir wollen Herr im Hause bleiben. (Hört, hört! links.) Das sind die Leute, die kurz vor dem Kriege auf dem Gutshof haben anklagen lassen: Die gesetzliche Artikele muß geprägt werden, auch wenn niemand drin sieht (Sturmische Belästigung links). Wo die Landarbeiter vernünftig waren, ging alles glatt. Tollhänseln von links haben wir gehabt als die Finger geklopft. Einen Mann, der sagte, die Ähre sollten nicht gemahlen werden, hätten wir beinahe an die Wand gestellt. In Stralsund war nach monatelangen Verhandlungen der Vertrag beinahe fertig, da erklärt die Landbündler plötzlich, sie machen nicht mehr mit. Auch andere Leute wäre da der Geduldsfaden gerissen. Bei der Verhängung des Belagerungszustands ist der Oberpräsident v. Kühlwagen worden. Die Bestimmung, daß Inspektoren nicht mit dem Stadtrat zur Arbeit kommen dürfen, ist sehr notwendig, denn vielfach sind auch Arbeitnehmer geschlossen worden. (Hört, hört! links.) Die Generalstreiks in Stettin und Stralsund werden nicht aufgehoben, bevor der Belagerungszustand nicht aufgehoben ist. Wir Pommern sind blöd, aber wir wollen den Arbeitstreit und werden ihn haben, wenn die Betriebsleiter vernünftig sind. Die Rede von Dr. Grimm kann unmöglich so gelautet haben, wie es Herr von der Osten vorlas. Solche Berichte kennen wir vom Reichsbahnverband, und dieser heißt jetzt Pommerscher Landbund. (Vorfall bei den Soz.)

Kriegsminister Reichardt: Von der Verhängung des Belagerungszustands über weitere Städte in Pommern hat das Generalstabkommando plausibel gemacht an das Ministerium berichtet und um Bestätigung gebeten. Das Ministerium hat gestern beschlossen, zwei Kommissare nach Pommern zu schicken, die bevoeligt werden können, ohne weitere Rückfrage an Ort und Stelle alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Oberpräsident ist mit der Verhängung des Belagerungszustands in Stralsund einverstanden. Die weitere Ausdehnung des Belagerungszustands war eine militärische Maßnahme zum Schutz der bedrohten Kreise. Jetzt wird näher geprüft, ob das zweckmäßig und notwendig war.

Abg. Souermann (Kentr.): Auch im rein sozialistischen Staat gibt es für Verkehrs- und Landarbeiter kein unabdingtes Streitrecht. Hoffentlich kommt es in Pommern bald zu einer Verständigung, sonst droht uns eine Hungersnot.

Landwirtschaftsminister Braun: Gegen Herren von der Osten ist Klage angestrengt worden, um die Wahrheit zu ermitteln. Herr Grimm ist seit 1915 Sozialdemokrat und hat sich niemals als deutsch-nationaler Parteileiter angegeben. Seine Anerkennungen in Schleswig-Holstein sind vom Landbund falsch widergegeben worden. Dr. Grimm hat ausdrücklich vor dem Streit gewarnt.

Abg. Wehrlhoff (Dem.): Als praktischer Landwirt, der von der Wirtschaft aufgebaut hat, rate ich meinen Vertrauensleuten auf der Rechten, sich nicht gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter zu wenden. Tarifverträge müssen paritätisch abgeschlossen werden. Die Einnahmen der Landwirtschaft sind sehr gestiegen, und wie können etwas mehr für Wohne aufzubringen, wenn auch der Landwirt, der sich an die Hochstpreise gehalten hat, nicht Millione geworden ist. Meist geworden sind nur die, die durch Schlechthandel oder sonst hinterher sich bereichern konnten. Ist denn in Ihren Meilen (an den Soz.) in diesem Punkte alles harten? Realistische Verbesserungen des Landbundes werden wir stets bekämpfen. Begerische Elemente sind tatsächlich auf das Land gekommen. Was in Pommern angerichtet ist, muss möglichst bald wieder gutgemacht werden. (Vorfall.)

Die Sitzung wird nunmehr auf 7½ Uhr abends vertagt.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Arbeitnehmer! Der Streit in Markranstädt ist beendet, die Rohr und Arbeitsbedingungen sind tariflich vereinigt. Damit sind auch die Sperren in Nehrbach und Kleinschöna erhaben.

Weiter ist auch die Sirene in Borsdorf, Unternehmer Döbler, Brandis, aufgehoben; die Kollegen erhalten den tarifmäßigen Lohn.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Leipzig.

Bon Nah und Fern.

Große Waldbände in

Amtliche Bekanntmachungen.

Fleischausgabe und Fleisch-anmeldung.

I.
Vereist werden am 19. Juli aus die Fleischmarken
a) V 1-10 (Erwachsene) 120 Gramm Rindfleisch oder
Wurstkonserven (ohne Wahl), die gleich 150 Gramm
Fleisch mit Knochen zu rechnen sind.
b) V 1-5 (Kinder) 80 Gramm Rindfleisch oder Wurst-
konserven (ohne Wahl), die gleich 75 Gramm Fleisch
mit Knochen zu rechnen sind.

Der Preis beträgt für das Büchsenfleisch 8.40 Mark
die Kilogramm-Büchse oben 10.50 Mark das Kilogramm netto
ausgewogen 150 Gramm 53 Pf., für die Büchsenwurst
6.50 Mark die Kilogramm-Büchse oder 8.10 Mark das Kilos
gramm netto ausgewogen (50 Gramm 42 Pf.).

Zu einem kleinen Teile wird auch frisches oder gefrorenes
Rindfleisch zum Preis von 3 Mark das Pfund verteilt. Ein
Wahlrecht steht dem Käufer auch hier nicht zu.

In den Fleischereigeschäften mit Ausweisnummern 151
bis 330 gelangen für Erwachsene 80 Gramm Fleischkonserven
oder 100 Gramm frisches oder gefrorenes Rindfleisch und
50 Gramm Wurst zur Verteilung. Die Wurst kostet
2.80 Mark das Pfund (50 Gramm 28 Pf.).

Als Erstes für die ausfallende Fleischmenge von
30 Pf. 15 Gramm wird die entfallende Menge Nähr-
mittel (Teigwaren) verteilt.

II.

Auszugeben sind bis Donnerstag, den 24. Juli, die
Fleischmarken X 1-8 bzw. X 1-4. Einzelne Fleisch-
marken werden mit 15 Gramm bewertet.

Die Fleischmarken 9 und 10 bzw. 5 sind zur Fleisch-
erstattierung in den Nahrmittelhandlungen abzugeben.
Bekanntmachung hierüber erfolgt noch.

Leipzig, am 17. Juli 1919.
Ern.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Auslandspeisefett- und Margarineverteilung.

I. Verbrauchsfett.

1. Auf die Marken X 1 der Landessettarie 82 100 Gramm Auslandspeisefett als Sonderzuweisung und 50 Gramm Margarine an Stelle von Butter.
 2. Auf die Sonderbuttermarke 56 für Kranke die aufgedrückte Menge Butter und außerdem 100 Gramm Auslandspeisefett als Sonderzuweisung.
 3. Auf die Buttermarken M 8 und R 8 für Militärurlauber und Besuchstrende je 80 Gramm Margarine oder Butter ohne Wahlrecht für den Käufer.
- Der Preis für Auslandspeisefett beträgt 1.06 M. für 100 Gramm. Die Kleinbäckerei erhalten das Auslandspeisefett zum Preis von 497.85 M. für den Rentner. Die Preise für Margarine sind die gleichen wie bisher. Der Preis für 50 Gramm Butter beträgt 64 Pf. und für 80 Gramm Butter 90 Pf.

II. Verteilungsordnung.

Vorbraucher: Abgabe der Marken unter I. 1. beim
Butterfeinkäufer bis Sonnabend, den 19. Juli. Letzter
Abholungstag Montag, den 28. Juli.

Kleinhähdler: Bezugskartenannahme in der Bezug-
scheiniste, Markgrafenstr. 8, und Bezugskartenabgabe beim
Großhändler, Montag, den 21. Juli. Die Kleinhähdler
haben ihren Bedarf an Auslandspeisefett und an
Margarine je auf einem besonderen Etikett zu
verschaffen.

Großhändler: Bezugskartenablieferung in der Bezug-
scheiniste Dienstag, den 22. Juli.

Auf die Sonderbuttermarke für Kranke, die Butter-
marken für Militärurlauber und Besuchstrende und auf die
Sonderbuttermarke mit dem Aufdruck "Besuch" in die daraus
zugeteilte Menge Ware (Auslandspeisefett, Margarine oder
Butter) ohne Voranmeldung in den Butterverkaufsstellen für
Militärurlauber und Besuchstrende zu entnehmen.

III.

Die Kleinhähdler haben für die Einnahme der Margarine
und des Auslandspeisefettes beim Großhändler geeignete
Gefäße mitzubringen, soweit sie nach den Bezugskarten Mengen
zu erhalten haben, die nicht in vollen Gefilden geliefert
werden können.

IV.

Zum übrigen findet die Bekanntmachung über die Butter-
ausgabe vom 20. Februar 1918 Anwendung.

Leipzig, am 17. Juli 1919.
Ern.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Ziegenbesitzer,

die Erlaubnischeine zur Sammlung von wildem Hollunder
in den südländischen Wäldern beim Futtermittellamle bereits
gelöst haben, sind berechtigt, noch bis zum 31. August 1919
in den südländischen Wäldern wilden Hollunder zu sammeln.
Für die Einnahme gelten alle Vorschriften der von uns
am 31. Mai 1919 in den hiesigen Tageszeitungen erlassenen
Bekanntmachung.

Andere Ziegenbesitzer sind nur gegen vorherige Löschung
einer Ausweisurkarte zur Sammlung von wildem Hollunder
bis zum gleichen Zeitpunkt berechtigt.

Ausweisurkarten können unter Vorlegung des Wohnungs-
meldeheimes beim Futtermittellamle, Neues Rathaus, Dach-
geschoss, Zimmer Nr. 575, gegen vorstellige Bezahlung der
Gebühren entnommen werden.

Ausgiebige Sammlung und Trocknung von solchem
Hollunder kann jedem Ziegenbesitzer nur empfohlen werden.
Leipzig, am 16. Juli 1919.
Fu.-A. II. 22809! Der Rat der Stadt Leipzig.

Fahrplanänderung.

Von Montag, den 21. Juli d. J., ab wird Zug
383 W Eggers - Plagwitz-Lindenau bereits von Pegau aus
gefahren, und zwar in folgendem Fahrplan:

Pegau	ab 522
Großdöllzig	544
Eggers	542
Bösdorf	542
Hainauhain	601
Großdöllzig	617
Plagwitz-Lindenau an	621

Halle a. d. Saale, im Juli 1919.

Eisenbahndirektion.

Fahrplanänderung.

Von Sonntag, den 20. Juli d. J., ab werden die Züge
373 Zeih. ab 822; Leipzig an 1022 und
378 Leipzig . 822; Zeih. 1022
eingelebt und die Züge
393 Zeih. ab 1022; Leipzig an 711 und
398 Leipzig . 1022; Zeih. 248

täglich gefahren.

Halle a. d. Saale, im Juli 1919.

Eisenbahndirektion.

Hänichen.

Beschlagnahme von Wohnungen.

Auf Grunt der vom Ministerium des Innern mit
Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums erstellter Er-
mächtigung beschlagnahmt die unterzeichnete Gemeinde-
behörde alle einkündigten Wohnungen mit der Mietgabe,
dah sie berechtigt ist, in jedem einzelnen Falle die sofortige
Überlassung der Wohnung zwecks weiterer Vermietung
gegen ein von Mieteinsatzamt festzusehen es Entgelt
zu verlangen. Dazu wird folgendes bestimmt:

Die Beschlagnahme betrifft alle Wohnungen vom
Augenblick der Kündigung an für den Zeitpunkt des vorau-
föpflichen Auszugs. Dabei ist es gleichgültig, ob im
Augenblick der Kündigung schon ein neuer Mietvertrag
geschlossen ist.

Alle Kündnisse von Wohnungen sind vom Haus-
eigentümer oder Vermieter oder ihrem Vertreter sofern
nach der Kündigung unter Angabe der Größe der Wohnung,
des Mietpreises und des Zeitpunktes des freiwerdens
dem unterzeichneten Gemeindevorstande mündlich oder
schriftlich anzugeben. In der selben Weise sind sofort alle
freistehenden Wohnungen anzumelden.

Es wird unterstellt, ohne vorherige Zustimmung des
Gemeindevorstandes kündige oder freistehende Wohnungen
zu vermieten oder überhaupt einen neuen Mieter in eine
Wohnung aufzunehmen.

Wohnungen, die mit Geschäftsräumen verbunden sind,
fallen unter diese Bestimmung, dagegen werden möblierte
Zimmer und Schlafräume nicht davon betroffen.

Zurückerhöhungen gegen diese Anordnung werden
auf Grund der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen
Wohnungsnot vom 28. September 1918 mit Geldstrafe
bis zu 1000 Mark bestraft.

Hänichen, am 16. Juli 1919.

Der Gemeindevorstand.

Immer häufiger werden die Klagen darüber, daß die
städtischen Anlagen und Wälder in der rücksichtlosesten
Weise beschädigt werden. Werden die in den Anlagen
vorhandenen Baumzüchtgärten, Banketten, Papierlämmel-
stätten, Sandspielplätze, Baumspähle, Spielzäune sowie
Topfpflanzen, Gras und Heu entwendet, die Blumen
abgeplückt und dabei um einer Blüte willen oft ganze
Zeste abgerissen und die Anlagen und Wiesen selbst ver-
treten, wodurch der Schaden erträgt wird. Auf diese
Weise leidet das Aussehen der Anlagen und Wälder, die
ein Schmuck der Stadt sein sollen, ganz erheblich. Auch
wirkt der Stadt dadurch beträchtlicher Schaden zugefügt.

Wir haben daher unsere Aufsichtsbeamten angewiesen,
die Anlagen und Wälder streng zu überwachen und jede
Zurückerhöhung anzuzeigen. Außerdem möchten wir
hiermit die Anlagen und Wälder dem Schutz unserer
Einwohner empfehlen. Insbesondere fordern wir die
Eltern auf, ihre Kinder in entsprechender Weise zu belehren.
Zurückerhöungen werden unanständig bestraft werden.

Leipzig, den 16. Juli 1919. A 478.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Bekanntmachung.

In folgenden Streitigkeiten über Bledereinstellung von
Angestellten hat der Schlichtungs-Ausschuß Leipzig nach-
stehende Schiedssprüche gefällt:

1. In der Sitzung vom 24. Juni 1919:

Die Firma A. L. Voigtmeier in Leipzig ist auf Grund
von § 9 der Verordnung vom 24. Januar 1919 über
die Einführung, Entlastung und Entlohnung der An-
gestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demo-
bilisierung in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse
ihres Betriebes nicht verpflichtet, ihren früheren
Angestellten Hugo Kunze wieder einzustellen.

gez.: Dr. Vierling

Wilhelm Ahmann	W. Gerde
Karl Praktorius	Erich Born
O. Berger	Fritz Reps.

2. In der Sitzung vom 25. Juni 1919:

Es wird festgestellt, daß die von Herrn Kochien,
Generalagent der Schles.-Feuerversicherungs-Gesell-
schaft, dem Herrn Kurt Popp zum 31. März 1919
ausgeprochene Kündigung gegen die Verordnung über
die Schlichtung Schwerbeschädigter vom 9. Januar
1919 verstößt und daß eine Kündigung frühestens
zum 30. Juni 1919 zulässig war. Bis zu diesem Zeit-
punkt ist Herrn Popp die entsprechende Vergütung in
Höhe von insgesamt M. 1122.50 zu zahlen.

gez.: Dr. Vierling

G. Henn	Anion Hagen
H. Hartmann	Karl Engelbrecht
M. Werner	O. Böhme

3. In der Sitzung vom 28. Juni 1919:

Es wird festgestellt, daß die seitens der Firma
Oscar Meyer in Leipzig ihrer Angestellten Fräulein
Margarete Leitering gegenüber ausgesprochene Kündi-
gung gegen § 14 der Verordnung vom 28. 12. 1918
über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Aus-
schüsse usw. verstößt. Die Firma Oscar Meyer hat an
Fräulein Margarete Leitering ein Gehalt und eine
Entschuldungshilfe entsprechend dem am 21. März
1919 abgeschlossenen Tarifvertrage des Gewerkschafts-
bundes der Kaufmännischen Angestellten und des Ar-
beitgeberverbandes des Leipziger Großhandels zu zahlen.

gez.: Dr. Vierling

A. Wirsief	Herrn. Bieling
E. G. Dannig	E. Röhle
O. Berger	Gert Kubente

4. In der Sitzung vom 1. Juli 1919:

Die Firma Alex Blanke in Leipzig hat ihrem Angestellten
Karl Trefforn nach dem Tarifvertrage vom
21. März 1919 ein Gehalt zu gewähren in Höhe von M. 850—
monatlich. Da die Kündigung nur unter Einhaltung
einer sechswochigen Frist für Quartalschluss zulässig
ist, kommt sie frühestens ausgesprochen werden für
den 30. Juni 1919. Bis zu diesem Zeitpunkt ist das
genannte Gehalt zu gewähren.

gez.: Dr. Vierling

Wilh. Ahmann	Karl Kamphoff
Karl Praktorius	Fritz Mantel
O. Berger	Gert Kubente

In dem Fall 1 hat sich nur der Arbeitgeber dem Schieds-
spruch unterworfen, in den Fällen 2, 3 und 4 nur die Ar-
beitnehmer.

Der Schlichtungs-Ausschuß Leipzig.

Pr. 1164, 1611, 902 und 1550.

Der Stadtrat.

Sparkasse Baumsdorf

Rathaus. Geschäftsstunden von 8 bis 1 Uhr.

Tägliche Verzinsung mit 3½ %

Postcheckkonto Leipzig Nr. 41390.

Bankkonto bei der Allgemeinen Deutschen

Creditanstalt, Leipzig.

Girokonto Nr. 238 bei der Girokasse Leipzig,

Neumarkt 35.

Fernsprecher 60367. Straßenbahn Linie 4.

Stahlgeschäftsächer. Kontrollmarken.

Reinigt und färbt

Wollfisch, u. alles andere nach Muster (Spezialfärb)

= innerhalb 14 Tagen =

Läden Torgauer Str. 40a

Riebeckstr. 11a

Borgfeld, Lehrbuchdeutsch, Sprach-

2. Regeln d. Schreibschule, 4. Nummer

1. Schreib-Stereograph, 1. Aufl. 1912.

2. Regeln d. Schreibschule, 2. Aufl. 1913.

3. Schreib-Stereograph, 3. Aufl. 1914.

4.

Grimmig muß die Leipziger Arbeiterschaft am Montag gegen Gewaltsfrieden — für Weltrevolution demonstrieren.

**Massenbesuch müssen die 14 Versammlungen aufweisen,
die am 21. Juli, nachmittags 4 Uhr, in Leipzig stattfinden.**

Arbeiter! Arbeiterinnen! Erscheint alle zu dieser gewaltigen Kundgebung!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Juli.

Parteiversammlung.

Zugunsten der großen Demonstrationsversammlungen am Montag, den 27. Juli, fällt die Parteiversammlung an diesem Tage aus. Sie findet dagegen am Donnerstag, dem 24. Juli, abends 7 Uhr, im Biologischen Garten statt. Die Bezirksleitung.

Ostbezirk. Sonnabend, den 19. Juli, abends 7 Uhr, Verbrauchererversammlung bei Donat, Leipzig-Reudnitz, Meißner Str.

Südost-Bezirk. Morgen Sonnabend, den 19. Juli, abends ½ Uhr, bei Querfurt, Döser Straße. Wichtige Angelegenheiten.

Ortsverein Osth. Gaußstr. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Thüringer Hof, Gaußstr. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Nordau. Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Lindenhof. Tagesordnung: Die politische Lage; Diskussion. Der Vorstand.

Gaußstr. Die Funktionäre treffen sich zu einer wichtigen Versammlung am Montag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, in der Biologischen Daseß werden auch noch jeden Nachmittag Anmeldungen zu den Kinderaussilgen entgegengenommen. Der Vorstand.

Borsdorf und Umgegend. Sonnabend, den 19. d. M., findet die Mitgliederversammlung umständlicher nicht statt. Montag, den 21. Juli, abends ½ Uhr, Vorstandssitzung im Feldschlößchen.

Bwenau. Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei handelnden Vorstands- und Funktionärsitzung. Sonnabend, 7 Uhr, im Gasthof zum Löwen nach Groß-Dalzig. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Die Aussstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Zu den schweren Schäden, die der Krieg in allen beteiligten Völker hervorgerufen hat, gehört die außerordentliche Zunahme und Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. 4½ Jahre von ihren Ehefrauen und der Heimat entfernt und im Geschlechtsverkehr fast ausschließlich auf die Prostitution des Auslands angewiesen, haben sich sehr viele Soldaten infiziert und diese Krankheiten auf die Frauen in der Heimat übertragen. Besonders der rasche Rückzug am Ende des Krieges, bei dem sich viele Geschlechtskrankentransporte einfach auslösten und die Erkrankten ungeheilt nach Hause gingen, hat viel zur Verseuchung weiter Bevölkerungen beigetragen. Wohl haben die Vereine zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten damals die verschiedensten Maßnahmen getroffen, um die Weiterverbreitung dieser Leiden einzudämmen, indem sie überall Beratungsstellen eingerichtet, in denen jedem Erkrankten kostenlos Rat und Hilfe gewährt wurde, aber diese Stellen sind leider nicht in dem Maße in Anspruch genommen worden, wie es notwendig gewesen wäre. Viele Erkrankte nehmen ihre Leiden sehr leicht, andre hielten falsche Scham zurück, wieder andre wußten gar nicht, daß sie sich angesteckt hatten, weil sie den kleinen Geschwüren und Ausschlägen keine Bedeutung belegten. Deshalb ist es ganz außerordentlich zu begrüßen, daß das National-Hygiene-Museum und die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bei der Bedeutung dieser Angelegenheit für das gesamte Volkswohl zu eindeutigendenden Maßnahmen gekräftigt haben. Die Abteilung für Geschlechtskrankheiten im National-Hygiene-Museum ist erweitert und zu einer Wanderausstellung eingerichtet worden, die alle deutschen Groß- und Mittelstädte bereisen soll, um überall die Kenntnis vom Wesen, von den Gefahren und der Heilung der Geschlechtskrankheiten zu verbreiten. Die Veranstalter der Ausstellung haben alles getan, um ihre Absicht in der vollen Weise durchzuführen; es wird dem Laienpublikum ein vorzüglicher Ausbildungskunterricht gegeben von den Geschlechtskrankheiten sowie allen Dingen, die mit ihnen im Zusammenhang stehen. Zur Zeit weist die Ausstellung in Leipzig und ist in den Weihnachten am Markt eingerichtet. Sie verzögert in fünf Abteilungen. In der ersten wird an der Hand von Statistiken und Karten die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in den verschiedenen Ländern Europas, in den verschiedenen Teilen Deutschlands, in den deutschen Großstädten (Leipzig hat nach Berlin die meisten Geschlechtskrankheiten), in den verschiedenen Bevölkerungsschichten usw. nachgewiesen. Der andre Teil der Ausstellung enthält Einzelabteilungen für jede der drei Geschlechtskrankheiten und eine Sonderabteilung für diejenigen Krankheiten, die ähnlich äußere Erscheinungen wie Ausschläge, Geschwüre und Brüder zeigen, innerlich aber nichts mit den Geschlechtskrankheiten zu tun haben. In der Abteilung für den weichen Schanker, die verhältnismäßig ungeschränkt der drei Geschlechtskrankheiten, insbesondere den Bilberrn und Wachsalgeschwüren über die Geschwüre und Leistenkrankheiten, die diese Art des Schankens hervorrufen, ausgestellt, daneben zum Vergleich Belchnungen und Ausschlüsse der östlichen Krankheitserscheinungen des sehr gefährlichen harten Schankens. Die Tripperabteilung enthält Wachsalbeschreibungen der gefundenen und frischen Geschwüre, die darstellen, warum die Vernichtung des Tripperregers (Gonorrhöe) so ungemein schwierig ist, welche Verhinderungen er in den Geschlechtsorgane herreift auch andere Teile des Körpers wie Gelenke, Herz usw. an angeht, wie wichtig eine sofortige Behandlung beim Auftreten der Krankheit ist. Die Abteilung enthält außer den Schankästen, in denen die prophylaktischen (ansteckungsverhindern) Mittel von und nach dem Geschlechtsverkehr, ferner die Heilmittel, die gegen den Tripper angewandt werden, ausgelegt sind. Die schrecklichsten aller Geschlechtskrankheiten, die Syphilis, ist mit allen ihren versch

tenden Wirkungen in einem größeren Umfange behandelt. Besonders anschaulich ist hier die Übertragung der Krankheit vorgeführt, die in der verschiedensten Weise vor sich gehen kann, außer im Geschlechtsverkehr durch Küsse, Umtrunk, Wetteträumen fortgeworfener Zigaretten, Arbeitsgerät (besonders bei Glashäusern), durch Spielsachen der Kinder usw. Erfüllternd wirken die Bilder, die die Verseuchung ganzer Familien darstellen, aber die Mißgestaltung der Kinder syphilitischer Eltern, vor allem aber die Nachbildungen der sichtbaren Veränderungen, die die Spirochaeta pallida (den Erreger der Syphilis), in den verschiedensten Organen wie Leber, Herz und Gehirn hervorrufen; hier kann sich jeder ein Bild machen, welche ungeheuren Schmerzen die Kranken auszustehen haben, bis sie der Tod von ihrem Leiden erlöst. Die Syphilisforschung ist in mehreren Bildern besonders behandelt: der Erreger der Krankheit, sein Entdecker Schaudin, die Wassermannsche Reaktion, mit deren Hilfe man eine Erkrankung sicher nachweisen kann, die Salvarsanmethode des großen Gelehrten Ehrlich usw. In allen Abteilungen stehen den Besuchern Mikroskope zur Verfügung, in denen die Erreger der Geschlechtskrankheiten zu beobachten sind. Kindringlich und wahrheitsgetreu sind die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen geschildert, immer wieder über ist hervorgehoben, daß eine Heilung möglich ist, wenn man sich bald nach der Erkrankung in die Behandlung eines Arztes begibt; aber auch nur dann, denn nur der Arzt kennt die Unterschiede der Geschlechtskrankheiten, die komplizierten Untersuchungs- und Behandlungsmethoden. Richtig ist der Krause von einem Kurpfuscher behandeln, so hat er keine Heilung zu erwarten, sondern nur eine Verschleppung seiner Krankheit und alle schrecklichen Folgen, die damit verbunden sind und die jeder auf der Ausstellung studieren kann. Der Besuch kann allen Arbeitern und Arbeiterinnen sowie deren erwachsenen Söhnen und Töchtern nur wärmstens empfohlen werden. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet, ihr Besuch kostet 50 Pf., Montag und Donnerstag 1 M.; am Montag ist die Ausstellung nur für Frauen geöffnet. In der Ausstellungshalle ist ein Führer erhältlich, der eine vorzügliche Einführung in das Wesen und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten enthaltet.

Die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die nicht, wie irrtümlich vor einigen Tagen berichtet wurde, bis Mitte September, sondern vom 17. Juli bis Mitte August in Leipzig in den Weinhäusstellungsräumen auf dem Markt veranstaltet wird, ist in Dresden von über 100 000, in Breslau während dreiwöchentlicher Dauer von über 50 000 Personen besucht worden. Diese Zahlen legen ein zweites Zeugnis dafür ab, welches Interesse den Besetzungen der Ausstellungslösung betreffs Aufklärung über die Geschlechtskrankheiten vom Publikum eingebracht wird.

Die Reize gegen den Sozialismus.

In Tageszeitungen, Zeitschriften und Flugblättern werden die schrecklichsten Erscheinungen und Verdrehungen aufgespielt, um den Spießbürgern vor der Revolution grauslich zu machen. Es wird aber auch in erster Linie versucht, die noch gleichmäßigen und indifferenten Arbeitnehmer und Arbeiterinnen zu beeinflussen. Einem Beweis dafür liefern die in der vergangenen Woche von Berlin aus verbreiteten Flugblätter gegen den Sozialismus und Kommunismus (siehe: Sozialismus) mit der Überschrift "Genosse". Die Schreibweise ist die des Reichsfliegengesandten. Wie traurig muss es mit dem Nachwuchs bestellt sein, daß der Verfasser sich nicht dazu aufzuschwingen kann, seinen Namen unter den Schwindel zu sehen. Aber noch auf anderem Wege wird die Fälschung verbracht. In der Überzeugung, daß sich diese Verdammingssarbeit am besten bei den Frauen und Mädchen anwenden läßt, werden deren Verzweigungen als Absatzplatz für alle Kreuzigungsgruppen benutzt. Es ist da einmal notwendig, auf die vielen gelebten Mordversetzung fürs Deutsche Haus vom Verlag "Vorwärts" aufmerksam zu machen. Die Münzarbeit in diesen von Frauen viel gelesenen Schriften wird in der Arbeiterschaft vielfach unterschätzt. Mit Hilfe von Bildern wird versucht, den Frauen den Blödsinn als Wahrheit erscheinen zu lassen. Einem typischen Beweis liefert die Nr. 11 dieser Zeitschrift. Ein Bild aus der Phantasie eines Gegenrevolutionärs über angebliche Zustände in Russland, darunter ein angeblicher Häuser eines russischen Dichters "Reitet uns!". Zum Schluss heißt es: "Alles, was eben in Russland geschah, was in Deutschland begonnen hat, das alles ist — keine Revolution. Es ist Finsternis." Es wird hohe Zeit, daß derartige Zeitschriften aus den Wohnungen der Arbeiter verschwinden. Wer sich über alle Fragen des kargen Lebens wahrheitsgetreu unterrichten will, der lese die Arbeiterpresse, die Leipziger Volkszeitung, und möge nicht seine jauer verdienten Groschen für derartige schimpfige Sachen aus.

Leipziger Handelskammer und Handelshochschule.

Die Leipziger Handelshochschule ist als eine Schöpfung und Domäne kapitalistischer Interessen anzusehen. Sie ist kein städtisches oder staatliches Institut, sondern ist gegründet und wird unterhalten aus Mitteln der Leipziger Handelskammer. Als sie gegründet wurde, führte ihr geistiger Vater, Handelsdirektor Prof. Dr. Maydt, in einer Ansprache als Zweck der neuen Hochschule folgende Hauptpunkte mit an: Errichtung der klüftigeren Kaufleute in rechtlicher, nationalökonomischer, statistischwissenschaftlicher, handels- und finanzielle Hinsicht, um sie zu befähigen: Deutschlands Handel und Industrie den ersten Platz am Weltmarkt zu erobern, also die fremdländische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen; ferner sie zu befähigen: a) die sozialen Streitungen und Kämpfe der Gegenwart führend zu einzugehen, daß diese letzteren möglichst verlustlos zum Wohle des deutschen Vaterlandes beigelegt werden können (1).

Das Großkapital griff solche Pläne mit Freuden auf. Alle entstanden von Privatspartnern mit riesigen Summen unterstellt, die neuen Hochschulen, besonders glänzend sindiert waren

hier das Großkapital etwas getanzt. Nicht viel mehr als 200 000 M. betrug der Betrag, aus dem die Hochschule unterhalten werden konnte. So kam es natürlich in Leipzig zu schrecklichen Mängeln. Die Studierenden der Leipziger Handelshochschule erklärten klar und einstimmig, so ginge es nicht weiter und die Handelshochschule müchte, um ihren Zweck zu erfüllen, von der Handelskammer losgelöst und der neu zu gründenden staatlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität angelassen werden. Eine Resolution in diesem Sinne ging sowohl an die Regierung wie an die Handelskammer ab.

Am Montag hat sich die Handelskammer mit dieser Frage beschäftigt. Es war natürlich vorausgesehen, daß diese Forderung auf den leichten Widerstand stoßen würde. So war es auch! Der Berichterstatter über den Antrag stieß auf starke Opposition. Die Industrie und der Handel vertraten nach der Vorlage ihren gänzlichen Einfluß auf die Berufsbildung, die Studierenden würden zu Beamten, statt zu Kaufleuten, während doch die intensive Durchbildung in kaufmännischer Hinsicht im Interesse der deutschen Wirtschaft erforderlich sei. Freiheit der Unternehmung sei Grundbedingung für eine geistige Weiterentwicklung. Erziehung in diesem Sinne verbürgte nur die private Hochschule. Im übrigen aber sollte man sich noch einmal an die Leipziger Großhandelskreise wenden. Die verhältnismäßig milden Vermögen der neuen ermbildliche wohl das Bereitstellen größerer Beträge zur Sicherung der Macht der Privatindustrie und des Privathandels. Zum Schluss wurde die Vorlage einstimmig von den versammelten Ehrenmitgliedern bis auf weiteres zurückgestellt. Damit ist der reaktionäre und kapitalistische Charakter der Handelshochschulen ganz klar zu Tage getreten. Insolgedessen ist ihre Uniformierung in produktiv-sozialistischem Sinne schleunigst vorzunehmen.

Ein "guter Deutscher".

Wie manchen "Herrschäften" unter dem Schutz des Verlagsaufstandes der Komm. geschworen ist, zeigt nachstehende Zuschrift: Am 16. Juli wurde ich in der Angelegenheit einer Schönheit, welche im Peterssteinweg 18, II., bei Herrn Höller, vegetarischer Privatmittagsküche, in Stellung war, vorstellig. Der Herr befragte mich nach meinem Ausweis als Bevollmächtigter des Centralverbandes der Handangestellten. Als ich ihm meinen Ausweis vorweisen konnte, ließ er ohne weiteres einen Schuhmann an, um mich als Schwuler verhaften zu lassen. Währenddessen erging sich der edle Herr in Schwärmen gegen die Spartakisten und beschimpfte das Mädchen in ihrer gemeinsten Weise, das mir zu Gesellschaft (damit meinte er den Verband der Handangestellten) läuft, um sich Recht zu holen. Er wäre ein "guter Deutscher" und würde uns Spartakisten schon zeigen. Die Täglichkeit des Schuhmanns beschämte sich darauf, mein Mitgliedsbuch zu prüfen, allerdings wäre das ja auch seine Vollmacht, sagte er. Ich wies ihm meine Legitimation als Arbeiterschaftsratsmitglied vor, dadurch war jedenfalls die Ehrenhaftigkeit meiner Person einwandfrei festgestellt und damit mußte sich auch Herr Höller begnügen. Also mit der Verhaftung einer "Spartakistin" und Schwuler war es nichts. Man sieht doch aus diesem Vorfall, wie gewisse Herren unter dem Schutz der Regierungstruppen den außerordentlichen Mut haben und als "gute Deutsche" wagen, die Ehre ihrer Mitmenschen und Untergebenen anzutasten. Den Handangestellten aber rufe ich zu: "Schaut euch mehr denn je durch eure Organisation, den Centralverband der Handangestellten, Jäger Straße 22, III, Zimmer 28."

Auswüchserung der Armen.

Am 17. Juli fand die Sonderverteilung für alte und schwangere Personen statt. Es wurden ein Pfund Butter oder zwei Pfund Fleisch für 16 M. gegeben. Daß sich jeder auf die Butter freute, läßt sich denken. Dieser großer war die Enttäuschung. In der Verteilungshalle von Seidel, E-Städter, Wasserturnstraße, gab es nur Fleisch! Warum wird die Butter, wenn sie nicht für alle reicht, nicht in kleinere Mengen abgegeben? Das Fleisch ist weitlos und vor allen Dingen viel zu teuer. Es ist im freien Handel schon für 10 M. zu erhalten. Dadurch wird für viele diese Sonderauswüchserung hinfällig. Will der Staat etwa seine im Schleißhandel erworbene Lebensmittel noch schnell für einen Preis an den Mann bringen? Arme Leute, die für die zwei-Pfund-Würste Rindfleisch 16 M. haben bezahlen müssen, sind empört über diese standlose Auswüchserung.

Salzsuppen statt Milch.

Wie so viele Jahre, so hat auch dieses Jahr die Milchkolonie ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, die den ärmsten, unterernährten und ausgebürgerten Proletarierkindern zugute kommen soll. Leider ist von Milch aber keine Spur zu sehen. Den armen Kindern werden jetzt die vielgeriefenen, aber ungenießbaren Suppen vorgelegt. Am Dienstag wurde eine derartige Suppe verabreicht, daß die Kinder sie ausgeschüttet haben; einige sind davon überwältigt. Will der Staat etwa seine sozialen Erfordernisse für die bedürftigsten Kinder vorhanden als dieses saugige Zeug, daß kein Mensch vier Tage lang, geschweige denn vier Wochen lang genießen kann? Oder deutet er: Verantwortlicher, daß für die Proletarierkinder alles gut genug ist. Wäre es nicht angebracht, einmal die Kosten der Kostetruppen den Kindern vier Wochen lang zu verabreichen. Dabei würde ein sehr gutes Resultat für die Gesundheit der Kinder erzielt werden.

Zu der schlechten Kohlenversorgung wird uns von der Ortschefschaft geschildert:

Der Ernst der Kohlenlage ist welten Kreisen noch nicht aufgegangen. Er erhellt am besten dadurch, daß für die Haushalte der Stadt Leipzig vom 1. Juni bis 15. Juli 1918 12 Rentner, Befreiungen, Preise, Brennstoffe eingegangen waren, während in diesem Jahre erst 705 000 Rentner, einschließlich Röls, eingegangen sind. Die Zahl der Bezugsscheine, die vom Reichskohlenkommissar in Berlin ausgegeben werden und als Monatsmengen gebucht sind, betrugen im Jahre 1918 für Monat Juni 3220 Stück über 967 800 Rentner, im Monat Juli 2024 Stück über 907 200 Rentner, dagegen sind in diesem Jahre im Monat April und Juli je 2004 Bezugsscheine über 801 200 Rentner ausgegeben worden. Aber nicht nur die Zahl der Bezugsscheine ist geringer geworden, sondern auch ihre Belieferung hat sich immer mehr verlangsamt. Die Belieferung der Bezugsscheine der Reihe I (Möhlische) dauerte bis Mitte Juni, die

Verteilung der Bezugsscheine der Reihe II (Zinslosen) wird höchstens über den ganzen Monat Juli erstreckt, da bisher erste zwei Drittel Bezugsscheine beliefert sind und die Freigabe der Reihe III (Zinslosen) durch den Reichskohlenkommissar davon abhängt ist, wie sich die Verteilung der Bezugsscheine im ganzen Deutschen Reich gestaltet. Demgemäß hat auch der Reichskohlenkommissar die Erteilung der Bezugsscheine der Reihe IV (August) hinausgezögert. Unter diesen Umständen kam an die Freigabe weiterer Kohlenarten, insbesondere der Abschnitte B 1–5 der Hauptkohlenart und weiterer Abschnitte der Gewerbe- und Behördenkohlenarten noch nicht gedacht werden; beträgt doch die auf die Abschnitte A angemeldeten Mengen rund 800 000 Tonnen Bruttos, das freigewordene ein Zehntel des Gewerbes rund 100 000 Tonnen, der Zentralheizungen rund 14 500, der Behörden rund 67 000, insgesamt also rund 80 500 Tonnen, wozu noch der Bedarf an Kohle kommt. Da diesem Brennstoffbedarf mit ein Eingang von rund 650 000 Tonnen nach Abzug des Loses gegenübersteht, so würde hier die Freigabe weiterer Mengen die Deckung fehlen. Bei dieser Sachlage ist es der Ortstagschule auch nicht möglich, durch Abstempelung von Kohlenmarken dem einzelnen zu helfen, denn dadurch würden nur die übrigen Verbraucher benachteiligt werden. Es müssen daher Anträge von Haushaltungen und Gewerbetreibenden auf Abstempelung und Freigabe weiterer als der freigegebenen Abschnitte von vornherein abgelehnt werden. Es empfiehlt sich, die vorhandenen Brennstoffmengen mit Perklos und Holz nach Kräften zu strecken.

Auslandsbüspelselbstverteilung. Zu der 6. und 7. Sonderverteilung von Auslandsbüspelselbst, die als Doppelverteilung von 100 Gramm gleichzeitig mit der Wochenverteilung für die Versorgungswoche vom 22. bis 28. Juli ausgegeben wird, ist noch darauf hinzuweisen, daß Kranke auch auf ihre Sondermarken, einschließlich der rosenfarbenen Sondermarken mit dem Ausdruck „Besuch“, die Sonderzumwertung von 100 Gramm Auslandsbüspel erhalten.

Alle Mitglieder des Gewerkschaftsbundes, die sich zum Zeugung und zu sonstigen Aufführungen gemeldet haben, werden ersucht, am Montag, dem 21. Juli, plötzlich 6 Uhr, im Garten des Volkshauses zwecks endgültiger Einstellung für das Fest zu erscheinen. Ebenso ist noch recht zahlreiche Meldung älterer Genossen und Genossinnen zur Mitwirkung als Handwerkmeister, Patriker, Ratsherren usw. erwünscht.

An die ehemaligen Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes richtet die Gauleitung in Thüringen des Arbeiter-Abstinenten-Bundes nachstehenden Aufruf: Genossinnen und Genossen! Wichtigster denn je ist es jetzt, daß wir wieder den Kampf gegen den Alkohol aufnehmen. In der jüngsten Zeit der Degeneration und des wirtschaftlichen Niederganges sind die kulturellen Aufgaben unserer Bewegung von höchster Bedeutung! Bei dem Aufbau unseres künftigen Staatesgebietes gibt es für uns wertvolle Arbeit zu leisten! — Unsere reformerischen Ideen gilt es in die Höhlen und Höfe, in die Werkstätten und Fabriken zu tragen, damit unserm arbeitenden Proletariat der Weg zu einer frohen und gesunden Familie und einem besseren Heim gezeigt werden kann. Genossinnen und Genossen, wir rechnen an eure Mithilfe. Alle werdet wieder Mitglieder und werbt neue Kämpfer! Schreibt sofort an die Gauleitung, die euch jede genaue Auskunft erteilt. Auch neue Freunde unserer Sache, die sich als Mitglieder unserer Bewegung anschließen wollen, bitten wir, sich an dieselbe Adresse zu wenden.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund Gauleitung Thüringen.

A. A.: Max Potenhofer, Weimar, Seelitzstraße 4
Wieder ein Abschluß über Vor. Die Ortsgruppe Leipzig des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsheimkehrer und Kriegerüberlebenden hatten gegen den Erlass des Reichsvermögens Protest eingereicht, daß sich die in militärischen Betrieben beschäftigten Vertragangestellten an die Reichswehr angliedern sollten. An den Vorsitzenden der Ortsgruppe ist die telegraphische Antwort eingegangen, daß dieser Erlass außer Kraft gesetzt wird.

Zur Notiz über ungenießbares Brot teilt uns Herr Elsäger, Hamburger Straße, mit, daß er das modrige Brot von der städtischen Brotverteilungsstelle erhalten habe, und daß nicht nur er, sondern auch die andern Produzenten mit dem gleichen schlechten Brot beliefert worden wären. Unsre Notiz wundet sich auch nur gegen die behördliche, insbesondere gegen die militärische Wirtschaft.

Deutscher Monatenbund. Gedenk Sonnabend, abends 6 Uhr, im Saale des Kellnerheims, Johanniskirche 4, Vortrag; freie Aussprache. Gäste willkommen. 10. Juli: Dr. A. Schmidt: Stoßwechsel und Verdauung.

Schlachthof. Sonnabend, den 10. Juli, von 9 bis 12 Uhr: Nr. 15 000 bis 20 000. Ausgabe von Knochenbrühextrakt, Brühwurst und Streichwurst.

Lebensmittkalender für Sonnabend, den 10. Juli.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Kartoffeln: Letzter Tag — abzugeben Klasse grüngebrückte Hälfte der Kartoffelmarken A 8 (für 22. bis 28. Juli). Auslandsbüspelselbst und Margarine: Letzter Tag — abzugeben Landesfettmarke K 1 (100 Gramm Fett, 50 Gramm Margarine). Fleisch: abzugeben X 1–8, Kinder X 1–4.

Käse oder Quark: Letzter Tag — abzugeben Marken 14, 15 und 16 der gelbbraunen Landesbüspelselbst.

Ausgabe. Orts: Beginn — bestellt mit A 2 und K der Lebensmittalkarte Reihe I (250 Gramm).

Kleid: Beginn — bestellt mit A 5 der Einzahl-Zusatzkarten (125 Gramm).

Haferflocken: Beginn — bestellt mit A 8 der Einzahl-Zusatzkarten (500 Gramm).

Graupen (als Kartoffelsuppe): Beginn — bestellt mit Kartoffel-Zusatzkarte K 15 (500 Gramm).

Ausländisches Fleisch: Beginn — bestellt mit A 4 der Einzahl-Zusatzkarten (250 Gramm).

Fleisch: bestellt mit V 1–10 (120 Gramm), Kinder V 1–5 (60 Gramm).

33. Kartenausgabe: Nr. 801–1000.

Zusatzkarten für Kranke: Nr. 801–800.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Veränderungen im sächsischen Volksschulwesen.

Eines der wichtigsten Geschehe, die von der Volkskammer im ersten Tagesabschnitt erledigt worden sind, ist das Übergangsrecht über das Volksschulwesen. Seine Bedeutung wird schon charakterisiert durch den Widerstand, den die Vorlage bei den Bürgerlichen Parteien fand. Nicht nur die ehemaligen Konservativen und Nationalliberalen, sondern auch die Demokraten boten alles auf, eine wirkliche Reform zu verhindern. Der Gebanke der Einheitschule stand zwar auf allen Seiten Anfang, wenn er auch nicht überall mit der gleichen Wärme aufgenommen wurde. Auf der Rechten glaubte man, in den Privatschulen, an denen man festhalten wollte, auch in Zukunft ein Mittel zu haben, das Prinzip der allgemeinen Volksschule durchbrechen zu können. Um so größere Schwierigkeiten bereitete die Religionsfrage und das Direktorat. Dies längsten die Bürgerlichen wie die Löwen um ihre Jungen, um sich diese alten Nachtmittel zu erhalten. In der Hauptstadt waren sie geneigt, die an dem Widerstande der alten Eltern Sommer gezeichnete halbe Reform vom Jahre 1912 anzunehmen. Darüber hinaus wehrten sie sich gegen jeden Fortschritt.

Das neue Gesetz ändert sowohl das Wesen als auch den Organismus der Volksschule. Nach § 1 hat die Volksschule die Aufgabe, die Entwicklung der Kinder durch planmäßige

Übung der körperlichen und geistigen Kräfte im Sinne städtischer Lebensentaltung zu fördern und sie zu hingebender Pflichterfüllung im Dienste der Gemeinschaft zu erziehen. Die Städtische hat bei angemessener Beschränkung des Lehrzeites ihr Augenmerk besondere auf die spätere Erwerbsfähigkeit zu richten. Die Fortbildungsschule hat unter besonderer Berücksichtigung der staat blüherlichen, der beruflichen und der hauswirtschaftlichen Ausbildung der Jugend weiterzuwirken.

§ 2 regelt den Schulplan. Verbindliche Lehr- und Übungssgebiete der allgemeinen Volksschule sind: Deutsche Sprache mit Lesen und Schreiben, Heimatkunde, Geschichte, Erd- und Naturkunde, Rechnen, Raumlehre, Gefang, Zeichnen, Zeichnungsübungen einschließlich Jugendstilen und für die Mädchen Radierarbeiten.

Religionsunterricht wird in der allgemeinen Volksschule nicht mehr erteilt. Diese leichte Bestimmung tritt aus technischen Gründen erst am 1. April 1920 in Kraft, während die kirchliche Oberaufsicht über den Religionsunterricht und der Zwang für Lehrer und Schüler, Religionsunterricht zu erteilen, oder am Religionsunterricht teilzunehmen, sofort aufgehoben wird.

Durch die Ortschulordnung kann wahlweise oder verbindlicher Haushaltungs- und Kochunterricht für die Mädchen, Kindertageslehrer unterricht in Kürze ist eingeführt werden.

In rein wendischen und gemischtsprachigen Schulen ist neben der deutschen auch die wendische Sprache zugelassen.

In der Fortbildungsschule sind verbindliche Lehr- und Übungssgebiete: Berufs- und Bürgerkunde, deutsche Sprache, Rechnen, Gesundheitsschule und Leibesübungen einschließlich Jugendspielen. Der berufs- und Bürgerkundliche Unterricht für die Mädchen erstreckt sich in allen Schulen auf Haushaltungs- und Hochsalutinspektion, Koch- und Nadelarbeitsunterricht, Erziehungslehre und Kinderpflege. Durch die Ortschulordnung kann wahlweise oder verbindlicher Unterricht im Zeichnen, Buchführung, Volkswirtschaftslehre, Fremdsprachen, Kurzchrist und in Maschinenschreiben eingeführt werden. Die Einführung weiterer allgemeine: Übungen oder der besonderen beruflichen Ausbildung dienender Unterrichtsgegenstände ist zulässig.

Wo es die Verhältnisse gestatten, sind Schulgärtner anzulegen und für die Zwecke des Unterrichts, namentlich für die Einführung der Schüler in den Obst- und Gemüsebau, einzurichten.

§ 3 regelt die Schulzeit und den Schulbesuch. Die allgemeine Schulzeit umfaßt den achtjährigen Besuch der Volksschule und den dreijährigen Besuch der Fortbildungsschule. Das Schuljahr beginnt mit dem 1. April und endet mit dem 31. März. Die Verpflichtung zum Besuch der Volksschule entfällt, wenn der Erziehungsstichtage nachweist, daß ein Kind anderweit ausreichend unterrichtet wird.

Vom Besuch der Fortbildungsschule ist berechtigt, wer 1. eine höhere Lehranstalt oder die höhere Abteilung einer allgemeinen Volksschule bis zum Abschluß des 10. Schuljahrs mit Erfolg besucht und die seinem Alter entsprechende Klasse durchlaufen, oder 2. zwei Jahre lang eine gewerbliche Lehranstalt mit mindestens 80 Wochenstunden im ersten und mindestens 10 Wochenstunden im zweiten Jahre regelmäßig und mit Erfolg besucht hat, oder 3. drei Jahre lang eine gewerbliche oder kaufmännische Fortbildungsschule mit mindestens 8, für die der sechzehnjährigen Ausbildung bedürfenden Berufe mindestens 8 Wochenstunden in jedem Jahr besucht, oder 4. nachweislich anderweit ausreichend unterrichtet wird. Aus anderen Gründen darf das Bezirksschulamt nur in ganz besonderen Fällen ausnahmsweise Bestellung vom Besuch der Fortbildungsschule bewilligen. Die Bestellung nach Absätzen 1, 2 und 4 wird dabei eingeschränkt, daß die Schüler am Turnunterricht der allgemeinen Fortbildungsschule sowie an etwaigen mit dieser Schule verbundenen Jugendpflegeveranstaltungen teilzunehmen haben. Durch die Ortschulordnung kann bestimmt werden, daß die nach Absätzen 1 und 2 bestellten Schüler auch am Fachunterricht teilzunehmen haben.

Wo es die Verhältnisse gestatten, sollen von den Schulgemeinden auch für das nachschulpolitische Alter Bildungsveranstaltungen, besonders zur Vertiefung der staat blüherlichen Bildung, zur Weiterbildung für den häuslichen Beruf und zur körperlichen Ausbildung getroffen werden.

Wo ein Bedürfnis vorliegt, sind von den Schulgemeinden öffentliche Kindergarten einzurichten. Kinder, die bei der Schulaufnahme noch nicht die erforderliche Kleidung besitzen können vom Schulvorstand einem öffentlichen Kindergarten zugewiesen werden. Durch Ortschulordnung kann bestimmt werden, daß auch vorschulpflichtige über drei Jahre alte Kinder, denen es an der nötigen häuslichen Pflege und Erziehung fehlt, einem öffentlichen Kindergarten zugewiesen werden.

Weiter sind Bestimmungen für städtisch vermehrte, für schwachbegabte und zurückgebliebene Schüler getroffen.

Die Schule eines Nachbarortes darf ein Schüler mit Zustimmung des Schulvorstandes dieses Ortes besuchen, wenn die Schule höhere Bildungsziele verfolgt als die des Wohnortes. In allen anderen Fällen bedarf es zum Besuch einer Nachbarschule auch der Genehmigung des Bezirksschulamtes, die in der Regel nur erteilt werden soll, wenn die Entfernung der Wohnung von der Ortschule oder die Beschaffenheit des Schulwegs die Bewilligung einer Ausnahme geboten erscheinen läßt.

Nach § 4 sind die Volksschulen als allgemeine Volksschulen für alle Kinder des Bezirks ohne Unterschied des Vermögens und der Religion einzurichten. Den Religionsgesellschaften können auf Antrag Räume der öffentlichen Volksschule zur Erteilung des Religionsunterrichts zur Verfügung gestellt werden. Die Einschätzung für den dadurch entstehenden Aufwand der Schule ist durch Ortsgesetz oder besondere Vereinbarung zu regeln.

Die Bewohner des Schulbezirks bilden ohne Unterschied der Religion die Schulgemeinde.

Die Unterrichtsstunden sind auf wöchentlich 20 bis 28 Stunden bemessen. Es können Abteilungen mit verschiedenen Bildungszielen errichtet werden. Die Verteilung der Schüler auf die Abteilungen geschieht lediglich mit Rücksicht auf Begabung und Leistungen. Der Lehrtag höhere Abteilungen kann sich auf ein 9. und 10. Schuljahr erstrecken. Wo es die Verhältnisse gestatten, sind den Klassen nicht mehr als 40 Schüler zugewiesen. Für Hilfsklassen ist die Schülerzahl entsprechend abzumindern.

Nach § 5 darf für den Schulbetrieb kein Schulgeld erhoben werden. Nur für auswärtige Schüler kann ein Fremden- schulgeld festgesetzt werden.

Neue Privatschulen dürfen nach den Bestimmungen nicht mehr errichtet werden. An den bestehenden Privatschulen dürfen keine neuen Klassenzüge gebildet werden.

§ 7 enthält die Bestimmungen über die allgemeine Volksschule und die Fortbildungsschule und ordnet an, daß der Unterricht an den Fortbildungsschulen nur werktags, und zwar in der Zeit von früh 7 bis abends 7 Uhr stattfinden darf. Turnunterricht kann auch in den Abendstunden erteilt werden.

In § 8 wird den Gemeinden das Recht eingeräumt, sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben zu Schulverbänden zu versammeln. Der Schulverband unterliegt der Aufsicht des Bezirksschulamtes und wird durch einen Verbandschulvorstand vertreten, dessen Mitglieder durch die einzelnen Schulvorstände aus ihrer Mitte gewählt werden. Der oberste Schulbehörde steht das Recht zu, die Gründung eines Verbands zu verfügen, wenn Gemeinden zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben unvermeidlich sind.

§ 9 regelt die Schulauflicht und Schulleitung. Die Ortschulauflicht ist aufgehoben. Der nächste Vorgesetzte des Lehrers ist der Bezirksschulrat. Für Schulen mit zwei und mehr Kindern Lehrern ist ein Schulleiter zu bestellen, der vom Schulvorstand immer auf drei Jahre zu wählen und vom Bezirksschulamt zu bestätigen ist. Die bisherigen Schuldirektoren haben sich nach drei Jahren ebenfalls zur Wahl zu stellen. Ihre materiellen Ansprüche und Rechte werden durch das Gesetz nicht berührt.

Die Befugnisse der Lehrer und der an Schulen mit mehr als 10 Lehrern zu wählenden Lehrkräfte werden in § 10 geregelt.

Nach § 11 können zur Pflege eines guten Einvernehmen zwischen Schule und Haus an den einzelnen Schulen Elternräte gebildet werden. Die Wahl des Elternrats erfolgt durch eine Elternversammlung, zu der die Lehrerschaft kurz nach Beginn des Schuljahrs einlädt. Der Elternrat trifft von Zeit zu Zeit zu Einsätzen des Schulrates oder der vom Elternrat gewählten Vertreter und zur Beratung von Wünschen und Anträgen einzelner Mitglieder des Elternrats zusammen.

Die Paragraphen 12 bis 14 beschäftigen sich mit den Anstellungen und Beziehungen der Lehrerschaft, während in den Paragraphen 15 und 16 die Organisation der Schulverwaltung geregelt wird.

Der Schulvorstand legt sich auf dem Lande und in den Städten, in denen die revidierte Städteordnung nicht eingeführt ist, zusammen aus dem Bürgermeister oder Gemeindevorstand, einem oder mehreren Schulleitern sowie Vertretern der bürgerlichen Gemeindevertretung, der Elternschaft, der Lehrerschaft und dem etwa vorhandenen Schularzt. Und zwar wählt die Gemeinde die Hälfte und Lehrer und Eltern je ein Viertel der Mitglieder. Zum Vorstande kann, abweichend von den bisherigen Bestimmungen, auch ein Lehrer gewählt werden. Die Sitzungen des Schulvorstands sind in der Regel öffentlich.

Zur Vorberleitung und zur Durchführung einzelner Aufgaben kann sich der Schulvorstand oder ein innerhalb des Schulvorstands befindender Ausschuß durch Ausschreibung von Sachverständigen vereinigen, deren jedoch nur beratende Stimme zusteht. So ist gelegentlich Fortbildungsschulen bestehen, ist ein Fortbildungsschulrat zu bilden, der sich aus Vertretern von Berufsvereinigungen und aus Leitern und Lehrern der Fortbildungsschulen zusammensetzt.

Dem Schul und schulischen Ausschuß müssen angehören: der Bürgermeister oder ein vom Stadtat ernanntes Stadtmitglied als Vorsitzender, ein oder mehrere Schulleiter, eine durch Ortschulordnung zu bestimmende Anzahl von Stadtmitgliedern und Stadtvorordneten sowie Vertreter der Elternschaft und Lehrerschaft und eventuell der Schularzt.

Nach § 16 tritt dem Bezirksschulamt ein Bezirksschulraerausschuß zur Seite, der von 2 Schulleitern und 5 Lehrern gebildet wird. In den Städten mit der revidierten Städteordnung, in denen nur eine Schule besteht, übernimmt der Lehrerrat die Aufgaben des Ausschusses. Der Bezirksschulraerausschuß eines amtsraummannschaftlichen Schulaufsichtsbezirks bildet zusammen mit mindestens einem Mitgliede der im Bezirk bestehenden städtischen Bezirksschulräerausschüsse den Bezirksschulräerausschuß, der dem Bezirksschulamt zur Seite tritt. Der Bezirksschulrat hat den Bezirksschulräerausschuß zur Teilnahme an der Beratung und Beschlussfassung bei der Regelung allgemeiner Angelegenheiten des inneren Schulbetriebs sowie der Jugend- und Volksbildung einzubeziehen. Der Bezirksschulräerausschuß hat das Recht, in solchen Angelegenheiten Anregungen zu geben und Anträge zu stellen.

Sachsen Finanzminister über die Reichsbelohnungssteuer.

Ueber die Reichsbelohnungssteuer und die Stellungnahme der Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesstaaten zu diesem Steuerplan hat sich der sächsische Finanzminister gegenüber einem Pressevertreter in folgender Weise geäußert:

Es herrsche Einigkeit in Weimar darüber, daß die Einkommen, besonders die hohen, einheitlich und bis zur äußersten Grenze erfaßt werden müssen, denn es ist unmöglich, an die Erhöhung anderer, nämlich indirekter Steuergesetze zu denken, wenn nicht zuvor die starken Schultern am meisten belastet werden. Das kann nur durch das Reich geschehen, da nur so die Einheitlichkeit gewahrt wird. Auf diese Weise werden auch die Steuer-Däsen, die nur, wie in Blasewitz, geringfügige oder, wie in Bischofsweida, überhaupt keine Einkommensteuer erheben, bestraft, und die Gefahr der Abwanderung von Kapital wird vermieden werden. Weder die Einzelstaaten noch die Gemeinden werden also in Zukunft eine eigene Einkommensteuer von Reichs wegen. Auch Sachsen wird sich dem Zwange der Notwendigkeit fügen.

Die Bedenken der Bundesstaaten richten sich nicht gegen die einheitliche Regelung der Einkommensteuer durch das Reich, sondern nur gegen die Veranlagung und Erhebung dieser Steuern durch das Reich. Die Bundesstaaten und Gemeinden hätten, wenn dies durch das Reich geschah, kein Recht auf die Einkommensteuer, sondern wären nur auf die Rückvergütung durch das Reich angewiesen und würden schließlich nur dann etwas erhalten, wenn etwas übrig bliebe. Dadurch würden besonders die Staaten usw. betroffen werden, deren wesentliche Einnahmequellen, wie auch in Sachsen, die Einkommensteuer ist. Auf diese Weise werden die Einzelstaaten schließlich unumgänglich gemacht, ihre eigenen kulturellen Aufgaben zu erfüllen, und die Gefahr einer Verbindung der Provinz werde akut.

Deswegen waren die bundesstaatlichen Vertreter auf der Konferenz für Belastung der Landessteuerbehörden, die schließlich, wenn es nicht anders geht, der Kontrollle des Reiches untersteht werden sollen. Den Einzelstaaten verbleiben Gewerbe-, Gebäu- und Boden- und auch, was anfänglich nicht geplant war, die Sacharbeitssteuer. Zu diesem Zweck müssen die Landesbehörden erhalten bleiben und so erscheint es zweckmäßig, die Einkommensteuer den Land

Bei der Regierung vorstellig zu werden, wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag, der Fünftung Döbeln, die Zuteilung der Waren in ganz Sachsen zu vereinheitlichen. Beifällig des Abgeordneten wurde ein Antrag angenommen, die Schriftliche Befehlserneuerung der Preisspanne (auf 40 Pf. unter Berücksicht auf Entschädigung auf Schwund und Haieverlust) dem Vorstand zu überlassen.

Auch zu verschiedenen Arbeiterfragen wurde Sitzung genommen. Dabei trat der reaktionäre Geist dieser Bündner besonders deutlich zutage. In einer am Vormittag abgehaltenen „Sprechmeister“-Sitzung wurde angeregt, parlamentarische Arbeitsnachweise abzulehnen, dagegen den Fünftags-Arbeitsnachweis beizubehalten. Neben Gesellenhaltung sprach Obermeister Kielkahn aus Chemnitz. Er ermahnte zur Ablehnung der Bohnarlse mit dem Zentralverband, da Lokalärte null und nichtig seien, und schloss mit Vorlegung folgender Entschließung, die einstimmig angenommen wurde:

Der am 14. Juli in Großenhain abgehaltene 47. Bezirkstag des Bergbauvereins Sachsen erkennt die Notlage der Gesellen im Kleidergewerbe an. Er erklärt, daß für den Abschluß von Tarifverträgen weder die Gewerbeordnung, weder Innung, noch Innungsverbände in Betracht kommen, und richtet daher an die Kollegen die Bitte und Mahnung, soweit möglich, den Gesellen Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen, unter Hinweis auf die vom D. A. B. aufgestellten Richtlinien betr. Entlastung und Regelung der Arbeitszeit.“

Neue Kohlenpreishöhung?

Die Sächsische Staatszeitung meldet:

Der Förder- und Verkaufsverband der Zwitsauer und Augau-Döbelner Steinkohlenwerke versetzte folgendes Rundschreiben: Um ausgebrochene Arbeiterausstände beizulegen und neue zu verhindern, die den fast unerträglichen Kohlenmangel verschärft hätten und leicht auf andere Arbeiterklassen übergetreten könnten, haben sich die Werke des Zwitsau-Augau-Döbelner Reviers gezwungen gesehen, vom 1. Juli d. J. an eine weitere erhebliche Kohlenhöhung einzutreten zu lassen. In erster Linie soll zwar nach den mit der Regierung und den Arbeitervertretern gepflogenen Verhandlungen der Webauswand durch eine Erhöhung der Arbeitsleistung gedeckt werden, doch ist es zweckmäßig, ob dieses Ziel auch nur teilweise erreicht wird. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß zur Deckung der Mehrlöhne eine am 10. Juli d. J. in Kraft trende, mehr oder minder erhebliche Preishöhung notwendig werden wird, über deren Ausmaß die Regierung zu befinden hat.

Wie wir vor einigen Tagen feststellen konnten, sind die Lohnerschöhungen für die Bergarbeiter keineswegs so bedeutend, wie in der Deutschen Presse hingestellt worden ist. Wird die Regierung trotzdem dem Drängen der Werke folgen und wieder eine weitere Belastung der Bevölkerung durch eine neue Kohlenpreishöhung vornehmen?

Nationalversammlung.

50. Sitzung vom 17. Juli.

Nach Eröffnung der Sitzung wußt Präsident Achernbach auf die Bestimmung der Geschäftsführung hin, wonach das Parlament schriftlich abgelehrter Neben nur denjenigen Mitgliedern gestattet sei, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. (Heiterkeit.) Aus Rücksicht auf die vielen Neulinge (Heiterkeit) sei diese Bestimmung etwas unter den Tisch gefallen, aber diese sachgemäße Schonung sei abgelehnt. (Heiterkeit.)

Nunmehr wird die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs fortgesetzt.

Zu den Artikeln 118 und 119 (Bestimmung über Ehe und Familie) werden die demokratischen Anträge angenommen, wonach die Ehe unter dem Schutz der Verfassung steht und die Mutterhaft Anspruch auf Schön- und Fürsorge des Staates hat. Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen wie den ehelichen Kindern. Die Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge. Angenommen wurde auch der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, wonach die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden, und zwar durch Ausszählung mit 188 gegen 185 Stimmen. Die übrigen gestern mitgeteilten Anträge wurden abgelehnt, darunter in einem einheitlichen Abstimmung mit 185 gegen 120 Stimmen der sozialdemokratische Antrag, wonach die unehelichen Kinder ein Recht auf den Namen des Vaters haben und den ehelichen Kindern rechtlich gleichgestellt werden. Genso die entsprechenden Anträge der Unabhängigen Sozialdemokraten. Auch die vom Ausdruck vorgeschlagene Entschließung wurde angenommen, wonach ein Gesetzentwurf vorbereitet werden soll, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes regelt.

Zu Artikel 120 (Fürsorgeerziehung) steht ein sozialdemokratischer Antrag Frau Kähler und Gen. vor, wonach die Zeitung von Fürsorgeanstalten nur erzieherisch gebildeten Personen übertragen werden darf. Ein Antrag Agnes und Gen. (Unabh. Soz.) verlangt den Zusatz: „Wegen politischer oder religiöser Überzeugung und Vertreibung der Erziehungsberichterstatter über die Jugendlichen darf eine Fürsorgemöglichkeit nicht eingerichtet werden.“ Weiter verlangt der Antrag, daß Staat und Gemeinden, also nicht wie es nach dem Entwurf heißt „Länder“, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen (nicht „Maßnahmen“) zu treffen haben.

Abg. Frau Kähler (Soz.): Unter Antrag ist notwendig, um unangemalte Elemente aus der Jugendziehung fernzuhalten. Wir stimmen auch dem Antrag Agnes zu. Ich erinnere daran, daß in Übereinstimmung mit dem Erziehungsrecht abgesprochen wurde, weil sie sich erstmals an sozialdemokratischen Versammlungen beteiligte. Am Übrigen seien wir auf dem Standpunkt, daß konfessionelle Erziehungsanstalten zu verschwinden haben, weil sie ihren Zweck überhaupt nicht erfüllen. (Beifall bei den Soz. — Unruhe und Widerwürfe im Zentrum.)

Staatskommissar Dr. Preuss bittet, die Anträge abzulehnen, weil sie entweder Selbstverständlichkeit ausprägen oder in irgendeinem Spezialfall allgemeine Maßnahmen festsetzen wollen.

Abg. Frau Neuhäusel (Zentrum) weiß die Anträge der Abg. Frau Kähler gegen die konfessionellen Erziehungsanstalten zuzustimmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Koch-Kassel (Dem.): Die Verfassung ist nicht der richtige Ort, um irgendwelche angebliche oder wirkliche Missbräuche abzustellen, die irgend jemand entdeckt zu haben glaubt. Damit überschlägt man das, was die Grundrechte leisten sollen und können. Wie kommt man dazu in einer Zeit, wo man Minister und Oberpräsidenten ernennet, ohne nach ihrer Vorbildung zu fragen, nun gerade in der Verfassung ist die Leiter von Erziehungsanstalten eine besondere Vorbildung zu fordern? (Beifall.)

Abg. Rothenstein (Soz.): Wir deuten nicht daran, die konfessionellen Fürsorgeanstalten verbieten zu wollen. Die Begründung durch Frau Kähler hat logisch unsern grundständischen Standpunkt darüber.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird Artikel 120 unter Ablehnung aller übrigen Anträge mit dem Antrag Agnes angenommen, wonach Staat und Gemeinden die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen.

Artikel 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln; nur Verstörungen unter freiem Himmel können nach einer zu erwartenden Reichsgesetz annulliert werden.

Es geht jedoch weiter. Ein Antrag Frau Agnes und Genossen (Unabh. Soz.) beantragt, den letzten Satz zu streichen.

Abg. Rothe (Unabh. Soz.): Das neue Deutschland sollte eine Einschränkung des Versammlungsrechts nicht mehr kennen. Der volle politische Freiheit gehört auch ein unbeschränktes Versammlungsrecht.

Staatskommissar Dr. Preuss: Man soll bedenken, wie alle Regierungen, so können auch politische Rechte missbraucht werden. Die Erfahrungen, z. B. in Berlin, haben gezeigt, daß Versammlungen unter freiem Himmel missbraucht werden können, schon im Hinblick auf den öffentlichen Verkehr. (Unruhe b. h. Unabh. Soz.)

Die Fassung des Ausschlusses wird angenommen.

Artikel 127 und 128 regeln das Beamtenrecht. — Außer Anträgen, die die Bestimmungen der Artikel teilweise fürser lassen wollen, verlangt ein Antrag Frau Buchholz (Soz.), daß alle Ausnahmen bestimmen gegen weibliche Beamte bestätigt werden und ein Antrag Steinlopp (Soz.), daß die Beamten Einsicht in ihre Personalauweise erhalten. — Die Abg. Auer und Gen. beantragen einen Artikel 128a, wonach für Verfehlungen eines Beamten in Ausführung seiner Amtstätigkeit die Behörde oder Ämterkraft haftet, in deren Auftrag er tätig war. Die Beamten sollen für vorstelliges und grobfahrlässiges Verfahren den Haft verhindern. Der ordentliche Rechtsweg darf nicht ausgeschlossen werden. — Ein Antrag Burlage (Zentrum) will Artikel 128a in folgender Fassung: „Verlegt ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortung grundsätzlich das Reich, die Länder, die Gemeinden oder andre Kommunalverbände, in deren Dienst der Beamte steht. Der Rückgriff gegen die Beamten bleibt vorbehalten.“

Abg. Delsius (Dem.): Die Beamten werden sehen, daß die Nationalversammlung sich ihrer einnimmt, da wir ihnen Rechten nicht weniger als drei Artikel widmen.

Abg. Steinlopp (Soz.): Wir wollen die Rechte der Beamten grundsätzlich sowohl als möglich feststellen. Vorgelese, die aus Nachsicht lebensmüde Berichte erstatten, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Helfen Sie mir, den Schandfleck der geheimen Personalabteilungen zu beseitigen.

Staatskommissar Dr. Preuss: Mit der Annahme des Beamtenrechts in die Verfassung wollten wir den abenteuerlichen Gesichtern entgegenreagieren, daß die Verfassungsbeamten bestätigt und alle Beamten auf Klindigung angeleitet werden sollten. Alle Einzelbestimmungen aber, auch die Frage der Amtspflicht für Amtspflichtverletzungen, gehören in das zukünftige Beamtenrecht, wobei auch die Haftung des Beamten im Sinne des Antrages erledigt werden soll.

Nachdem Vizepräsident Haushmann die Redner gebeten hat, sich kurz zu fassen, da in den nächsten Tagen über eine große Beamtenpetition verhandelt werden würde, bemerkte Abg. Allesio (Zentrum), daß die Beamtenverbände entschieden gegen die Anwendung der Bestimmungen über die Arbeitserlaube auf die Beamtenchaft seien. Auch dieser Redner lehnt alle Anträge ab mit Rücksicht auf die spätere rechtsgerichtliche Festlegung.

Abg. Degler (D. Part.) erklärt sich gegen die Anwendung der Bestimmungen über die Arbeitserlaube auf die Beamten, ebenso Abg. Dr. Moß (D. P.).

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.) begrüßt einen Antrag seiner Partei auf Beamtenwahl. Diese Forderung erheben wir auf Grund des Erfurter Programms. Die Beamtenverantwortlichkeit muss so gestaltet werden, daß nicht der Beamte allein, sondern auch der Staat verantwortlich zu machen ist.

Abg. Frau Pfülf (Soz.) begrüßt den sozialdemokratischen Antrag betreffend die weiblichen Beamten, dem auch Abg. Frau Baum (Dem.) beitritt.

Abg. Burlage (Zentrum) begründet seinen Antrag über die Verantwortlichkeit der Beamten. — Abg. Frau Wende (D. P.) tritt für den sozialdemokratischen Antrag bezüglich der weiblichen Beamten ein. — Abg. Frau Schmitz (Zentrum) ist gegen den Antrag betreffend die weiblichen Beamten. — Abg. Waldborn (Dem.) wendet sich gegen den Zentrumsontrag, den.

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.) bittet abändern will, daß bei Verfehlungen von Beamten nicht „grundlegend“, sondern „außer den Beamten“ das Reich, die Länder usw. haften sollen.

Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten betreffend Wahl der Beamten wird abgelehnt, da gegen der Antrag Buchholz betreffend die weiblichen Beamten angenommen, ebenso die Bestimmung, daß den Beamten die Einsicht in ihre Personalauweise zu gewähren ist. — Artikel 128a wird in der Fassung des Antrags Burlage angenommen, ebenso eine Entschließung des Ausschusses betreffend gesetzliche Regelung der Rechte der Reichstagsbeamten.

Um 1½ Uhr wird die Sitzung auf 2½ Uhr vertagt.

Um 4½ Uhr wird die Sitzung vom Vizepräsidenten Haubmann wieder eröffnet.

Schriftführer Abg. Pleißner (Str.) verliest ein Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der argentinischen Republik. Die argentinische Kammer spricht der Nationalversammlung einstimmig ihre Freude aus über die Unterzeichnung des Friedens, auf den Welt gewartet habe, und mit dem die Nationalversammlung den Forderungen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit Rechnung getragen habe. (Beifall der Beifall.)

Vizepräsident Haushmann dankt für die Gesinnungen die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht werden, und bewirkt, der Präsident werde das weitere veranlassen.

Hierauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt, und zwar mit dem dritten Abschnitt der Grundrechte:

Familien- und Religionsgesellschaften.

Abg. Dr. Mausbach (Str.) berichtet. Der Ausschuss hat die Sätze des Entwurfs erheblich erweitert, u. a. wegen der radikalen Verkürze der Trennung von Staat und Kirche in einzelnen Ländern. Stärkere Meinungsverschiedenheiten sind bei der Frage nach dem öffentlichen rechtlichen Charakter der Religionsgesellschaften hervorgetreten. Der Ausschuss hat diese Frage nicht, wie in andern Trennungsländern, dadurch gelöst, daß die christlichen Kirchen zu Relativvereinen herabgedrückt werden, sondern dadurch, daß auch andere, moderne Religionsgesellschaften leicht das Recht der öffentlichen Korporation erlangen können, wenn sie eine erhebliche Bedeutung für das öffentliche und soziale Leben gewonnen haben. Diese Form der gleichen Rechtsstellung hat ein zeitgeschichtliches Interesse, denn sie enthält ein stärkeres Verständnis für die soziale Bedeutung der Religion, als die ungekörte, rein privatrechtliche Gleichstellung. Der Redner spricht die Hoffnung aus, daß die im Ausschuss friedlich und erforderlich beendete Arbeit ihre Anerkennung und Bestiegung durch die Nationalversammlung finden werde. (Bravo.)

Auf Antrag des Abg. Koch (Dem.) wird die Beratung über den ganzen Abschnitt, Art. 122—128, zusammengefaßt. Der Abschnitt behandelt die Glaubensfreiheit (122), die Freiheit der Religionsübung (123), die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (124), die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (125), den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe (126), die Erfüllung der religiösen Pflichten durch die Angehörigen der Wehrmacht (127) und die Freiheit in der Vernahme religiöser Handlungen (128). Zu dem Art. 124 beantragen die Unabhängigen Sozialdemokraten, die staatsrechtliche und verbindungsrechtliche Trennung von Staat und Kirche. Zu dem gleichen Artikel beantragen die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden dürfen; ebenso der Antrag Bülzebach, wonach auch die auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abzudenken sind. Dagegen wird mit geringer Mehrheit der Antrag der Deutsch-nationalen angenommen, daß bis zum Erlass eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben.

Am übrigen werden die einzelnen Bestimmungen dieses Abschnitts unter Ablehnung aller anderer Anträge gemäß den Ausschuss beschlossen angenommen.

Gegen 1½ Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag 9½ Uhr; außerdem Anträge und Interpellationen über den Handelsbericht.

nicht beruhenden, sondern auch die auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch die Landesgesetzgebung abzudenken.

Abg. Dr. Quord (Soz.) gibt eine kurze Begründung des sozialdemokratischen Antrags zu Art. 124. Er bedauert, daß es den Sozialdemokraten infolge der Gemeinschaft sämtlicher bürgerlicher Parteien nicht gelungen ist, die staatliche Glaubensgemeinschaft durch eine innerliche Glaubensgemeinschaft abzulösen. Die katholischen Kreise haben gemeint, ohne Strafzettel und ohne Steuerabschaltung nicht durchkommen zu können. Es ist ausgeschlossen worden, daß die Kirche nicht mit legenderem Sportklub verwechselt werden dürfte. Die Kirche sollte so viel innerliche Werke bieten, daß eine derartige Verweichung gar nicht in Frage kommt; wenn sie das nicht kann, helfen ihr auch Gesetze nichts. Ebenso müssen durch den Staat erwogene Steuerabschläge der Kirche nichts, wenn sie nicht auf Grund innerlicher Glaubensgemeinschaft der Oberchristlichkeit ihrer Angehörigen sicher sein kann. Wir bedauern das Bleibenbleiben der Trennungsarbeit. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Raumann (Dem.): Für die evangelischen Kirchen bedeutet die Verfassung eine neue Zeit, nämlich Loslösung und Freiheit des religiösen Lebens. Die evangelischen Kirchen haben die individuelle Entwicklung der Menschheit gefördert und hier die größten weltgeschichtlichen Erfolge gehabt, aber die Organisation haben sie vernachlässigt, so daß eine gewisse Stagnation eintrat. Das holt die Verfassung zugunsten eines neuen innerlichen und religiösen Parlamentarismus nach, der neues Leben, aber auch neue Arbeit bringt. Dies neue Leben braucht keine Vorrechte für die Kirche.

Die Kirchenleitungen dürfen nicht in Einseitigkeit verfallen, sonst kommt es in der protestantischen Kirche zur Seitenbildung. Wir haben jetzt keine Staatskirche, keine offizielle Glaubensform mehr, wir müssen deshalb den Religionsgemeinschaften aus praktischen Gründen die Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaft geben. Der Begriff ist rechtlich dunkel, aber wir brauchen ihn als Vorbehalt, um die Religionsgemeinschaft zur Verwaltungsgemeinschaft zu machen. Das muß auch von den kleinen Religionsgemeinschaften und Sekten gelingen. Die schlechte Behandlung, die sie, wie die Baptisten usw., bisher von Staat und Kirche erfahren haben, muß aufhören. Die Staatsleistungen für die Kirche, sowohl sie auf Rechtsansprüchen der Beamten und dergleichen beruhen, werden zunächst weiter bestehen, aber die Bezahlung der kirchlichen Oberbeamten durch den Staat muß aufhören, die Kirche will ihre Konstitutionale selber bezahlen. Dazu dienen das Besteuerungsrecht der Kirche. Ob wir auch die Aktiengesellschaften zur Kirchensteuer heranziehen können, ist uns zwecklos.

Staatskommissar Dr. Preuss bestätigt die Auffassung des Abg. Raumann hinsichtlich der kleinen Religionsgemeinschaften und Sekten.

Abg. Gröber (Zentrum): Mehrere Bundesstaaten besteuern bereits die Aktiengesellschaften zugunsten der Kirche. Die Nationalversammlung hat keine Veranlassung, die Landesgesetzgebung zu entlasten. Auch zahlreiche Privatpersonen, was die Aktiengesellschaften doch sind, schützen. Mindestens ist es Aufstandsgefühl, wenn sie es auch für die kirchlichen Bedürfnisse ihrer Arbeitern tun.

Abg. Weiß (Deutschland): Die Wiedergründung der Staatskirche ist ein weltgeschichtliches Ereignis; ob aber auch ein freudiges, bleibt eine Frage. Es schafft ganz neuen Recht mit unverhältnismäßiger Draus. Trotz der wenigen Ausnahmen, die angeführt werden können, halten die Geistlichen Meinungsfreiheit wie kein anderer Stand. Dabei war die Staatskirche Kraft dieser Eigenschaft eine deutsche, eine nationale Kirche und lebt mit dem Volke. Eine Seite wie die Morawen kann ihr doch nicht gleichgestellt werden. Der Niedergang sehen wir ohne Enttäuschung und Optimismus, aber auch ohne Bürde entgegen. Die Kirche hat dem Staat stets mehr geleistet als sie von ihm empfangen hat. Er wird sie auch seiner Not heranziehen. Wir werden das umfrage tun, um ihm aus seiner Not heranzuhelfen.

Abg. Kunze (II. S.): Wir verlangen, daß die Trennung von Kirche und Staat restlos durchgeführt wird. Zu dem Zwecke fordern wir die Befreiung des kirchlichen Steuerrechts sowie die schare Kirchensteuerung des Kirchenvermögens bis zur Abflaktion. Alle Religion ist Menschenwerk, die Religion der Zukunft ist die Arbeit. (Beifall bei den II. S.)

Abg. Ende (Dem.): Das Ziel absoluter Gleichberechtigung und freien Wettbewerbs zwischen den vorschlagenden Religionsgesellschaften ist durch die Vorlage nicht erreicht worden; da aber Anträge auf Abänderung doch keine Aussicht haben, so verzichte ich auf solche.

Abg. Dr. Mausbach (Zentrum) polemisiert gegen den Abg. Dr. Quord und weist namentlich dessen Bedenken gegen die Bestimmung zurück, wonach nur solche Religionsgemeinschaften-Körperschaften des öffentlichen Lebens werden können, die durch die Zahl ihres Besitzes und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Jeder neue Verein, der den Ausdruck erhebe, eine neue Religion oder Weltanschauung verbreiten zu wollen, müsse erst beweisen, daß er die innere Werkskraft dazu besitzt. Einem Verein von ein paar hundert Mitgliedern kann man unmöglich das Recht des Glorifizierens erlauben, wie überhaupt die Rüstung des Artikels 124 für solche kleinen Vereine viel zu groß und viel zu schwer ist.

Seuilleton

Tagebuch eines kriegsgeworungenen Deutschen.

Von H. L.

(Schrift)

Sonneitag, den 26. Januar: Endlich ist es so weit! Es geht heimwärts! Nun sei's auch hinter Gitterstäbe, immer noch besser, als unter diesem Feind leben zu müssen, von Gemeinheit und Todesgefahr umlauft. Der „Möstledienleibhaber“ benutzt die Gelegenheit zu einer Urlaubsstelle, dazu ein älterer, quittmäßiger Kamerad, mit geladenem Gewehr! Eine Wohltat, daß der bittere Ernst so leicht etwas Verüstigendes an sich hat. Da ich russisch lesen kann, wollte ich einmal nach einem einzigen Schritte weit entfernten Schilde mit der Ortsauschrift gehen, was mir aber der überängstliche Feldwebel verbot, obwohl er den Vorwurmen wissen wollte. So ist es mir übrigens auch schon aus dem Marsche ergangen. Einmal kamen wir an einem Ort im Walde, wo Hindernis herumließ. Ich ging zu dem Hause, um mir etwas Milch geben zu lassen, da ich infolge der Knie und des Marishes sehr durstig war. Als das der „Spiess“ bemerkte, drohte er mir mich an ein Wagenrad der Kutsche binden zu lassen!

Sonntag, den 29. Januar: So sind wir nun nach länger Fahrt in Deutschland angelangt in der Festung S. Ich kann nicht behaupten, daß ich mich sehr darüber gefreut hätte, den heimatlichen Boden wieder an betreten. In S. liegt mein Erholungsziel, weshalb diese Festung wohl zufriedig ist. Dorfherren gäbe es auch nicht. Der Major behandelte mich Schwerverbrecher mit kalter Verachtung. Kein Zug des Mitleids auf dem Gesicht des Mannes, dessen Kollege ich im übrigen auch schon aus dem Marsche ergangen.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Mittwoch, den 3. Juli: Ich habe wieder kein Geld.

Gewußt: zunächst gab man mir Blinddosen, die nicht in ihm gehilfen hätten. Das war gut gemeint; steckte, die ich zusammen-

Strafe als völlige Unfähigkeit, bei der S. gibt es doch keine härtere. Wie ich hörte, soll sie zum Beispiel in man irrtümlich werden kann, überlegend auch im kulturell angeblich in Amerika angewendet werden, land, aber auch hier natürlich nur zum höchsten entwickelten Deutsch-geringen Kleinstadt drei Tage lag im Hause, wo man schon bei der Umklammerung noch verschämt durch ang diesen Genuss haben kann, unter Verbüßung. Und doch kann die noch größere Grausamkeit der sowohl kommen, auch diese Täter man durch unmenschliche Behandlung zu empfinden, wie es zum Beispiel noch als Erlösung und Erholung gegen der Arbeit. Aber es spielt mir ergänzt. Ich empfand also den wohl mit der Zeit rückwärts bei dieser geistvollen Tätigkeit wäre ich etwas lesen könnte. Nun fragte ich, ob ich nicht er, eben, daß ich mit dem Inspektor war nun so freundlich, wie zu

Rücktritt. Als ich sogar Bisher aus der Städtebüro kommen lassen kann. Ich untersuchungsgefänger habe ich auch das Recht, mir verschieden Kleinstädten einzuladen zu lassen. Viel ist's allerdings nicht, hauptsächlich „Heldenzeit“, d. h. Marmelade und – Kärtchen! Da ich, ein starker Raucher, nicht rauchen darf, bin ich auf diesen Ausweg der Verzweiflung geraten. Ich muß mir das starke Zigarette aber erst ins Wasser legen, um es genießen zu können. Jeden Tag darf ich ein halbes Stündchen „spazieren gehen“, wenn man dieses stumpfsinnige im Kreise herumlaufen in dem engen Hause mit den hohen Wänden so nennen kann. Ein einziger Rosenstrauß verschont wenigstens das alte Bier, und jeden Tag beobachte ich von Freude das Erblühen eines einsamen Möschens, das gefangen ist wie ich. Und vorzügliche Gesellschaft habe ich ja auch! Vor mir geht in der Regel ein Totschläger, hinter mir ein Dieb! Obwohl es verboten ist, sprechen wir natürlich verschwiegen miteinander, seelenkundig sehr lehrreich. So hat mir mein Vordermann erzählt, wie er seine Frau ermordet hat. Sie hat ihn, den Räuberin, gereizt, so daß er sie ist Schneider von Beruf mit der Schere nach ihr stich und sie schwer verwundete. Es half nichts, daß er gleich hinzusprang und ein Banduhr auf die Wunde preßte: sein Web starb. Rücksicht hat recht: selbst dem Verbrecher sollte man keine Verantwortung seiner Taten aufbürden. Er kann nicht anders handeln, als er handelt, je nach der Besessenheit seines Gehirns, seines Bewußtseins und seiner Gedanken, die er nicht selbst lenken kann, da das Gehirn wie jeder andre Körper ist, zum Beispiel der Magen, arbeitet, vom Willen unabkömmlich, der ja selbst wieder Gehirntätigkeit ist. Ob im rechten Augenblick ein Hemmungsbedürfnis den Triebe gebunden unterdrückt, liegt also nicht in seiner Hand. Über die andern Wünsche solche Gedanken in ihm hervorruhen und sollten es noch mehr als bisher tun. Was nicht es, den Verurteilten eine Heilung einzuverleben? Ein recht geringer Schutz der Gesellschaft vor dem Verbrecher, der in der Regel doch wieder freigelassen wird und nun verbitterter und geißlicher ist als vorher. Man sollte lieber alle Verbrecher zielstellen, von den andern abscheiden, in eigenen Ansiedlungen, sie zwar bewachen, aber ohne ihnen die Freude am Leben zu nehmen. Nur müßte ihnen vermehrt werden, Nachkommenzahl zu zeigen, damit diese verbrecherischen Bevölkerungen vielleicht allmählich aussterben. Dagegen aber behandelt man selbst Menschen fast wie Verbrecher, die so wenig verbrochen haben wie ich. Es sind noch mehr Soldaten hier, denen die Unschuld von den jungen, vorsichtigen Geschwistern abzulesen ist, armes Opfer der grausamen Heeresgewaltsherrschaft.

Montag, den 7. Juli: Ich war unvorstichtig: in einem Briefe nannte ich einen Lieutenant „Panierjohn“, was derensor, der Kriegsgerichtsrat, für eine Verteidigung anfuhr, so daß er den Brief an den Stützen nahm. Zweitens habe ich auch den wachhabenden Gefreiten beleidigt, den ich im Brief einen „Schlafhabenden“ genannt habe, endlich sogar die Kaiserliche deutsche Reichspost, deren Ungewölflichkeit ich gestadelt hatte. Die Sache kam so: Um meinen Eltern, die fröhlich sind, die bittere Wahrheit zu ersparen, habe ich zunächst verucht, so zu tun, als sei ich im Lazarett. Ich erfand einen Roman, in welchem sogar eine fürsorgliche Krankenschwester vorkommt! Diese Komödie möchte aber der Gerichtsrat leider nicht lange mit. Den Kompaniechef habe ich gebeten, meinen Eltern nichts über meinen Aufenthalts mitzutun. Er hat es auch, wie ich jetzt von den Eltern erfuhr, nicht getan, aber sein Nachfolger, eben neuer Lieutenant, wieder so ein blutjünger Mensch, hielt es für seine verdammt Pflicht und Schuldigkeit!, ohne Not meinen Angehörigen alles mitzuteilen. Mit diesem Verhalten hätte ich den rücksichtslosen Schnitt eigentlich noch anders nennen können und habe mich noch sehr vorsichtig ausgedrückt.

Tuesday, den 8. Juli: Nun und wieder, so auch heute, habe ich Vernehmungen durch den Gerichtsrat, der mir heute Zeugenaussagen verfasst. Ich war empört: die Kunden haben Meinholde gegen mich geäußert, einer zum Beispiel hat nachgekündigt die Behauptung bestreitet, ich sei schon vor Ablauf der zwei Stunden Postenzeit ausgestromt. Ich habe beantragt, den Schülengrabenposten anzuhändig zu machen, der mich geschenkt haben muss, als ich zurückkam, also auch die Zeit weiss.

Freitag, den 8. August: Der Grabenposten ist nicht mehr zu ermittelten, angeblich im Lazarett. Weltwitzig: Ein Entlassungsbefehl sucht man nicht im Lazarett auf, während mehrere Entlassungsbefehle

dort verstreut worden sind! Wäre man gerecht gewesen, so hätte man ja auch von selbst einen Entlassungsbefehl gesucht und vernommen, etwa diesen. Das ist eben militärische Gerechtigkeit! Ich lasse aber nicht locker: es muß in der Kompanie jemand geben, der für mich auszagen kann. Ich lasse nicht locker, mag die Sache noch so lange dauern. Mir kann es nur recht sein: bin ich doch um so länger außer Gefahr! Verdient haben es die andern, die Gesellschaft, das sogenannte Vaterland, ja doch nicht, um mich wenigstens nicht, daß man keine Gesundheit oder sein junges Leben für sie aufopfert.

Sonntag, den 18. September: Es sind mir wieder Gedanken über mich verlesen worden, auch das meines Unteroffiziers, den ich angegeben hatte, in der Hoffnung, dieser ältere, ruhige, vernünftige Mann werde für mich aussagen. Hatte ich ihm doch einmal ausdrücklich gesagt, daß ich insofern Retten- und Muskel schwäche nicht soviel leisten könne, als ich wollte und verlangt werde, so daß also auch die unangenehmen Dunkleren und Schlimmen seitens des Vorgesetzten und „Militärs“, um den Ausdruck „Kamerad“ zu vermeiden, ungerecht und unvernünftig seien. Aber auch er hat eher das Benehmen von dem Erwarteten getan, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Mittwoch, den 3. Juli: Ich habe wieder kein Geld.

Gewußt: zunächst gab man mir Blinddosen, die nicht in ihm gehilfen hätten. Das war gut gemeint; steckte, die ich zusammen-

dort vernommen worden sind! Wäre man gerecht gewesen, so hätte man ja auch von selbst einen Entlassungsbefehl gesucht und vernommen, etwa diesen. Das ist eben militärische Gerechtigkeit! Ich lasse aber nicht locker: es muß in der Kompanie jemand geben, der für mich auszagen kann. Ich lasse nicht locker, mag die Sache noch so lange dauern. Mir kann es nur recht sein: bin ich doch um so länger außer Gefahr! Verdient haben es die andern, die Gesellschaft, das sogenannte Vaterland, ja doch nicht, um mich wenigstens nicht, daß man keine Gesundheit oder sein junges Leben für sie aufopfert.

Sonntag, den 18. September: Es sind mir wieder Gedanken über mich verlesen worden, auch das meines Unteroffiziers, den ich angegeben hatte, in der Hoffnung, dieser ältere, ruhige, vernünftige Mann werde für mich aussagen. Hatte ich ihm doch einmal ausdrücklich gesagt, daß ich insofern Retten- und Muskel schwäche nicht soviel leisten könne, als ich wollte und verlangt werde, so daß also auch die unangenehmen Dunkleren und Schlimmen seitens des Vorgesetzten und „Militärs“, um den Ausdruck „Kamerad“ zu vermeiden, ungerecht und unvernünftig seien. Aber auch er hat eher das Benehmen von dem Erwarteten getan, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mildern, war anständig und vernünftig; er beweist, daß durch meine Handlungswise keine Gefahr entstehen könnte, da sich der Russe immer ruhig verhalten habe.

Freitag, den 12. Dezember: Man hat keinen Entlassungsbefehl weiter gefunden, so daß der Gerichtsrat zur Verhandlung drängt. Mit der Bekleidung, die Untersuchung betrifft der Postenzeit ist nebensächlich. Ich muß mich breit machen, komme, was kommen mag!

Montag, den 15. Dezember: Ich beschäftige mich jetzt eifrig damit, für meine Verteidigung mich in die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs zu versetzen. Die ausgedehnten Strafen sind entsetzlich hoch und zeugen von einer höchst unmenschenlichen und Grausamkeit. Natürlich, denn nur dadurch, nur durch die Furcht, ist es möglich, diese Menschenmassen, mich als unwillig, träge usw. hinzustellen. Nur der Kompaniechef, der die schweren Folgen seiner Melbung bereit zu haben und bestrebt zu sein scheint, sie zu mild

Aus der Umgebung Leipzigs.

Sommerfeld. Lebensmittel. In den Verkaufsstellen wird am Sonnabend ausgegeben: 1. Nährsuppe auf Abschnitt 5 N geborenen Personen je zwei Pakete zum Preise von 47 Pf. für das Paket; 2. Gruppen, je ein Pfund auf Abschnitt 5 N der Nährmittelfarbe für die bis zwölf Jahre alten Personen, soweit sie vor dem 15. 9. 14 geboren sind, sowie auf Abschnitt 5 N der Nährmittelfarbe für die über zwölf Jahre alten Personen zum Preis von 44 Pf. für das Pfund; 3. Kunshtonia, ein halb d. Pfund auf Abschnitt 5 B der Brotaufstrichfarbe zum Preise von 80 Pf. für das Pfund; 4. Frischfleisch und Wurst; 5. Margarine, jede Person 80 Gramm (88 Pf.); 6. Eßstier Käse, jede Person ein Achtpfund (6,10 M. das Pfund); 7. Heringe, jede Person ein halbes Pfund (2 M. das Pfund).

Geebenisch. In der Einwohnerverhüttung im hiesigen Rathaus am 12. Juli hielt Genosse Blach einen Vortrag über das Rätesystem. Ferner fand die Ergänzungswahl der hiesigen Arbeiterpartei statt. Gestellt wurden die Genossen Bau und Schildhauer.

Gaußsch. Abgabe von Lebensmitteln. Durch die Kaufleute kommen Sonnabend, den 19. Juli, zum Verkauf: Nr. 1: Margarine, pro Kopf 80 Gramm für 88 Pf.; Nr. 2: Gruppen, pro Kopf ein Pfund für 44 Pf.; Nr. 3: Nährsuppe, pro Kopf zwei Pakete, Paket 47 Pf.; Nr. 4: Brot, Pfund 1,85 M.; Nr. 5: Kartoffelwalmehl, Pfund 2,70 M.; Nr. 6: Eßstier Käse, pro Kopf

ein Achtpfund für 7 Pf. Herina für M. 1,85 das Pfund sind noch bei den Kaufleuten zu haben. Gegeen Abgabe der unbeliebten Wochenkartoffelkartenabschüttung vom 14.-20. Juli 1919 werden 14 Pf. Pfund Leigwaren zum Pfundpreise von 88 Pf. auf jeden Kartenabschüttung als Kartoffelsatz durch den Konsumverein abgegeben.

Kauftleeburg. Gemeinderats-Sitzung. Als Hilfschublente für nachts wurden die Herren Schöninger, Engel und Grüntz bestimmt und gegen achtjährige Ablösung bis auf Widerruf angestellt. Sie werden gegen Unfall beim Gemeinde-Verband verschafft. Ferner sollen alle Gemeindevertreter Polizeibefugnis erhalten und abwechselnd nachts die Aluren abgeben zur Verminderung der Feuerbedrohung. Auch sollen sie die Nachschublente mit kontrollieren. Der Einwohnerstaat wird dringend empfohlen, ihr Eigentum selbst mit zu bewachen. Werner wurde beschlossen, eine Eingabe an die Amtshauptmannschaft zu richten, damit unter Bezug etwas mehr mit Frischfleisch beliefert wird. Die Angelegenheit der freiwilligen Feuerwehr wurde dem Bauausschuss überwiesen. Der bei der Beratung des Haushaltplans angenommene Antrag, die Kirchensteuern nicht durch die Gemeinde einzutreiben, wurde von der Amtshauptmannschaft als ungesehlich zurückgewiesen.

Kauftleeburg. Wie Hausagrarier vorgehen. Obwohl ein Gemeindebeschluss besteht, nach dem Hauswirte ihren Mieter nicht kinderlos dürfen, haben die Hausbewohner B. Altersflügel und W. Dost einem Mieter zum 1. Oktober die Wohnung gekündigt, und ihm eine Konventionalstrafe von drei Mark für den Tag angedroht, falls er am 1. Oktober die Wohnung nicht geräumt hat. Wo der

Mieter hinzischen soll, darüber machen sich die Herren nicht die geringsten Sorgen. Es ist Sache der Behörden, die Interessen des Mieters zu wahren. Besteht kein Mieteinsigungsamt, so ist das Amtsgericht in Leipzig anzurufen. Das entscheidet endgültig, dass der Vermieter die Kündigung zurückzunehmen hat.

Schlendis. Nachricht aus Mittel. Voranmeldung bei den Materialwarengeschäften auf Kunden gegen Abgabe des Abschüttungskartensatzes 15 A der Lebens- und Gebrauchsmittefarbe rot, blau, gelb, grün. Als Quittungssatz gilt der Abschüttungskartensatz 15 B der gleichen Karten.

Die Materialwarengeschäfte verlaufen am Sonnabend, dem 19. Juli, auf jeden Quittungssatz 13 B der Lebens- und Gebrauchsmittefarbe rot, blau, gelb, grün 1/2 Pfund Marmelade für 7 Pf. oder 1/2 Pfund Honig für 40 Pf. Die Ware können nur von den Geschäften bezogen werden, welches die Quittungssätze ausgestellt hat.

Jewenau. Für alle Eltern und Jugendliche. Der Arbeiterturn- und Sportverein Jewenau und Umgebung hat seine, schon vor dem Kriege bestehende Jugendabteilung und Abteilung für Schülerturnen wieder errichtet. Regelmäßige Turn- und Spielabende finden jeden Dienstag und Donnerstag, von 7 Uhr an, auf dem Turnplatz am Herrengartenweg statt. Eltern, denen daran gelegen ist, ihren Kindern eine nützliche körperliche Ausbildung zu teilen werden zu lassen, wollen diese Gelegenheit benutzen und auf ihre Kinder in diesem Sinne einwirken. Für ordnungsgemäße Überwachung des Turn- und Sportbetriebes ist in weitgehendstem Maße gesorgt.

Licht-U.T. Spiele
Hainstr. 19
Uraufführung!
Das imposanteste, kolossalste Monumental-Filmwerk
Pogrom
Die Wahrheit
Das Geheimnis des Bellis-Prozesses
Entfesselter Leidenschaft
Ein überaus nervenspannendes gewaltiges Drama
7 Akte 7
Die Schilderung einer furchtbaren menschlichen Irrung!
Die unauslöschliche Schande einer Gewaltregierung!

Ausserdem
Der gelbe Schatten
Phantom-Detektiv-Drama — 4 Akte
Einlass 3 Uhr 11: Anfang 4 Uhr
Besuchen Sie möglichst die Nachmittags-Vorstellungen, da abends der Andrang sehr gross sein wird
KUNZEL Hainstr. 19.
Mit Herzen der Stadt

Lichtspiele Alberf - Halle
KRYSTAL PALAST
Ab heute Freitag ein Sensations-Doppelprogramm.
2 Erstaufführungen!
Der Fall Rouff !
Ein Erlebnis des berühmten Kriminalisten Rot Anheim. Verfasst und inszeniert von William Kahn. — Ausserdem:
Esther in Carena
„Die sprechende Hand“
Kriminal-Roman. — 5 Akte
2 Erstaufführungen!
Anfang: Sonnabends 3 Uhr
Wochenabends 1/2 Uhr. Bis 7 Uhr Jugendvorstellung

Achtung!
Dem werben Publikum zur Nachricht, daß ich mein Geschäft
Kirchstrasse 55
noch 4jährigem Stilllegen wieder in Betrieb nehme. Empfehle
mir zur Ausführung sämtlicher vor kommender Schuhreparaturen. — Umändern von Militärstiefen und Borschuhnen.

Verarbeitet nur Is. Fernleiter. Lager fertiger Kinderstiefel zu billigen Preisen.

Willi Grönke Schuhreparatur mit elektrischem Betrieb
Wurzner Str. 58, Kirchstr. 55, L.-Volkmarstor.

Feinste Fondants
an Werke, Industrie, Handlungen, Bars pp. preiswert
zugeben. Ans. und „Fondants“, Leipzig, Hauppost.

Achtung!
Handfrauen des Westens
Ich empfehle: 1. Pflaumenmus, d. eingesetzt, Pf. 8,75, Salz-Schnitzbohnen, Pf. 9,00, Gemüsedosenmehl, Pf. 2,20, gebr. Gerste, Pf. 1,12, gebr. Karotten, das feinstes was es gibt, Pf. 2,24, gebr. Bobenkaffee, 1/2 Pf. 8,75, Sunlight-Seife, großer Kiegel, 11.—

Alfred Kriegel Nohf.
Lind., Merseburger Str. 70.

Meine Zinsen auf Postanweisungen geschrieben. Das Porto beträgt für Postanweisungen bis 5 M. 15 Pf.

Volkshaus
Morgen Sonnabend von 6 Uhr an
Arbeiter-Athletenbund
Kommers mit Ball
zu Ehren der Delegierten Co
Partei-, Gewerkschafts- und Sportgenossen sind hierzu freundlich eingeladen.

Görlitzer Hof Schönefeld
Jeden Freitag ab 8 Uhr
Der feine G.-K.-Ball

Halt!! Neuer Gasthof, Gohlis. Parole? Sonnabend, 19. Juli, ab 8 Uhr: Großer Fünftakter. Theaterabend mit gärtnerlicher Mithilfe des Herrn Fred Pfleider, Film-Schauspieler, secratär erster Bühnen Deutschlands und der Hauskapelle Menschen, die das Schicksal tront oder: Unschuldig gerichtet. Lieferwagenfahrt Familien-Tragödie in 8 Minuten. Einlaß und Konzert Anfang 8 Uhr. — Theater-Anfang 7 Uhr. Nach dem Theater: Grosser Fest-Ball. Ende ??

Westendhallen, L.-Plagwitz.
Heute 7 Uhr: Der beliebte
Freitags-Ball
Montag, den 28., und Dienstag, den 29. Juli
junghähnel-Sänger

Löwenpark, Stötteritz
Morgen Sonnabend: Grosses Blumenfest.
Anfang 7 Uhr. — Tanz frei.

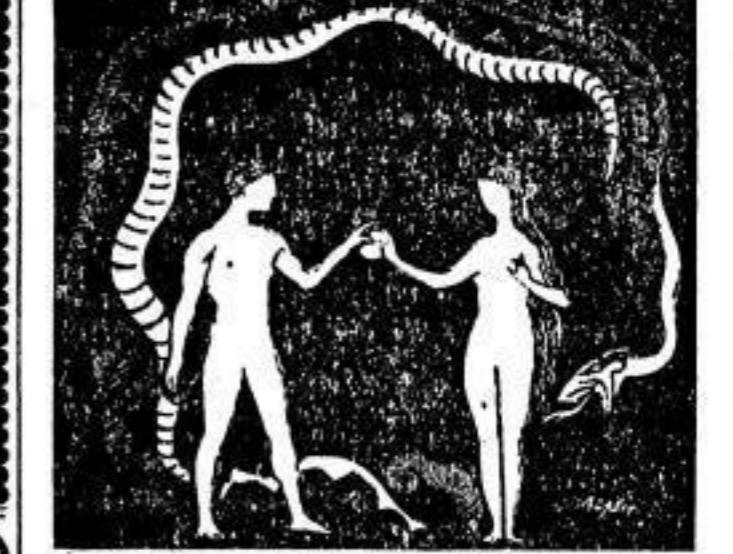
Goldene Eule „Reichelbräu“
Richard-Wagner-Strasse 14.
Gutgepflegtes Reichelbräu. Vorzügl. Küche.
Inhaber: Karl a. Otto Keller.

Gasthof Dreiskau
Sonntag, den 20. Juli von 4 Uhr ab
Stelltecken mit Ball
Für Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. — Ergebend ist ein Karl Krause.

Restaurant Erholung, L.-Reudnitz
Ecke Rathaus- und Comeniusstrasse.
Freitag, den 18. Juli
Von 7 Uhr ab Künstler-Konzert. ff. Speisen u. Getränke
Es laden freundlich ein Richard Hauwald und Frau.

Promenadenschlößchen
Restaurant / L. Donath / Promenadenstr. 31 / Tel. 5120
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten
Schones Sitzungszimmer = Angen. Familienverkehr

Wie neu
werden Ihre Beleuchtungskörper
in meinen Reparaturwerkstätten!
Auf- u. Umarbeiten v. Beleuchtungskörpern aller Art
Sofort Preis! Sofortige Bedienung!
Oswald Pillich, Elektrotechnische Fabrik
Fernruf: 11 678
Halle a. S. * Leipzig
Merseburger Strasse 6. Peterssteinweg 10.



AUSSTELLUNG

zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Leipzig, Messhalle, am Markt
Besuchzeit täglich von 10 bis 7 Uhr

ERÖFFNUNG
Freitag, 18. Juli, nachmittags 3 Uhr

Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt

Der beste Rasier-Apparat ist „Semper-Primus“ Rasier-Apparat der Verwöhnten gesetzlich geschützt, zum Patent angemeldet weil er nach Ansicht von Fachleuten in der Wirkung dem Rasiermesser gleichkommt. Preis 20 Mk. Auch gegen Nachnahme. Albrecht & Kummitzsch Leipzig-Gohlis, Landsberger Strasse 39.

Neu eingetroffen!
Amerikan. Speck Pfund 13.— M
Abgabe auch weniger als 1 Pfund
Reines Olivenöl Pfund 24.— M
Sunlight-Seife 880 Gr. schwere Kiegel 8.— M
Pfaff, Delikatessen, Nürnberger St. 54
Telephon 10 485

Für die schönen Geschenke und Gratulationen anlässlich unserer silbernen Hochzeit, sagen wir allen unseren herzlichen Dank.
Romoldus Höller und Frau Knauthleeburg.

Pötzlich und völlig unerwartet verschied gestern nachmittag meine liebe Frau, unsere herzensgute, für uns unermüdlich schaffende Müller, Schwiegertochter, Großmutter, Schwägerin, Tante und Nichte Frau Marie Buchmann geb. Höpfner im Alter von 56 Jahren. L.-Thonberg, 17. Juli 1919 Mariengasse 3. In liebstem Herzefeld Emil Buchmann, Alfred Buchmann u. Frau Hedwig geb. Schnieder. Dora Malle geb. Buchmann und Sohn Heinrich. Die Beerdigung findet Sonnabend, 19. Juli, 1/2 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Nach kurzem, aber schwerem Leiden verschied gestern abend unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Schriftlehrer Lehrling Richard Illgner im blühenden Alter von 18 Jahren. Leipzig-Connewitz, den 17. Juli 1919 Sächsische Straße 9.

In lieber Trauer Otto Illgner und Frau nebst allen Angehörigen. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 19. Juli, nachm. 1/2 Uhr, auf dem Connewitzer Friedhof statt.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Zum gemeinsamen Kampf mit dem klassenbewussten Proletariat der anderen Länder gegen die imperialistische Vergewaltigung durch den Versailler Frieden, gegen Belagerungszustand, Standrecht und kapitalistische Ausbeutung rufen wir euch zu mächtvollen

Demonstrationsversammlungen

auf. Diese finden am

Montag, dem 21. Juli 1919,
nachmittags 4½ Uhr

in folgenden Lokalen statt:

Felsenkeller Plagwitz
Schwarzer Jäger Leutzsch
Lunapark Wahren
Drei Mohren Anger
Gasthof Neustadt Neustadt
Goldne Krone Connewitz
Volkshaus Zeitzer Straße

Deutsches Haus Lindenau
Terrasse Kleinzschocher
Gosenschlößchen Eutritsch
Schützenhaus Sellerhausen
Papiermühle Stötteritz
Zur Linde Döbisch
Zoologisch. Garten Pfaffendorfer Straße

Thema:

Gegen Gewaltfrieden — für Weltrevolution!

Freie Aussprache.

Sorgt für Massenbesuch.

Gewerkschaftskartell, Leipzig
Unabhängige Soziald. Partei.

Ortsverein L.-Gohlis Ferien-Veranstaltungen

Donnerstag, den 24. Juli, Marionetten-Theater im Haupt-Restaurant (Marktplatz). Treffpunkt: Mittags 1 Uhr im Vereinslokal Brauerei-Ausschank Niedau. Nur für schulpflichtige Kinder. Weiter findet Mittwoch, den 8. August, Zauber-Vorstellung von Herrn O. Fassula im Schillerschlößchen statt. Von der lebendigen Veranlassung wird weiteres noch bekanntgegeben.

Das Billett für diese Veranstaltung kostet 20 Pf. Die Billette für das Marionetten-Theater werden Sonntag, vormittags 10–12 Uhr, im Brauerei-Ausschank Niedau ausgegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Keine Beteiligung steht entgegen.

Der Vorstand.

Deutscher Musikerverband

Sonntag, den 20. Juli 1919, vormittags 9 Uhr

Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: Fortsetzung der Versammlung vom 6. Juli 1919.

Sächsischer Hof

Montag Freitag Grosser Fest-Ball ab 6 Uhr

ausgeführt vom Neuen Wiener Orchester.

Neue feine Tanzweisen.

Berein Anhalt Ost.

Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr

Ausserordentl. Mitgliederversammlung

im großen Saale des Volkshauses.

Eintritt nur für Mitglieder. — Am Saalgangen werden Mitgliedsarten vorzeigen. — Kinder sind in dieser Versammlung fernzuhalten, sowie auch Gäste.

NB. Das Geschäftszimmer des Vereins befindet sich jetzt Zuschauerstraße 24. — Auskunft 10 bis 12 u. 5 bis 6 Uhr.

Sonntags 9 bis 12 Uhr. — Die Zusammenkunft der Unternehmensleute findet vor nicht bald. Der Arbeits-Ausschuss.

W. Fiedermann
beh. akute und chronische
Krankheiten

m. Homöopath. u. Kräuterarz.

Vorzugl. Hellerfolge.

Leipzig, Albertstr. 22

Sprech. 9-2, auf. Mont.

Sonntags 10-1 Uhr.

■■■ Grün-Urin ■■■

ist mitzubringen.

Sozialdemokr. Vereinderl. S. P. D.
::: Groß-Leipzig :::
Bureau Tauchaer Str. 19/21, I. (Vollmarthausgebäude) Tel. 2022.
Expeditionssatz: Montags von 9 bis 1 Uhr und 4 bis 7 Uhr.
Sonntags von 9 bis 8 Uhr. — Vollständig Leipzig Nr. 2040.

Borsdorf u. Umg. Die Mitgliederversammlung findet umständshalber diesen Sonnabend nicht statt.

Montag, den 21. Juli, abends 10 Uhr, im Heiligkreuzkirche Vorstandssitzung. Vollzähliges Erscheinen besonders der Zwönitzer, Althener und Panitzscher Genossen wünscht Der Vorstand.

Döllzig u. Umg. Sonnabend, 19. Juli, abends 10 Uhr, Mitgliederversammlung bei Mädge. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich. Der Vorstand.

Hänichen-Quasnitz-Lützschen. Sonnabend, den 19. Juli, Mitgliederversammlung im Kino. Lageordnung: Wichtige Vereinsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch erwartet D. V.

Holzhausen-Zuckelhausen. Sonnabend, den 20. Juli, Kindergarten in der Turnhalle. Stellen zum Festzug nachmittags 10 Uhr am Gasthof Zuckelhausen. Abmarsch 2 Uhr. Beginn der Spiele 3 Uhr. Belustigung für jung und alt. Kampfumzug abends 10 Uhr. Um geeignete Ausschmückung des Festzuges wird gebeten. — Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen Der Vorstand.

Liebertwolkwitz. Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Lageordnung: 1. Vortrag des Genossen Heinrich Fleischer über: Die politische Lage im Reich und in Sachsen. 2. Gemeinderatsbericht. 3. Diskussion. — Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V.

Die Bibliothek ist jeden Sonnabend von 7 Uhr abends geöffnet und steht allen Mitgliedern zur nutzung zur Verfügung.

Lindenthal. Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im Kino des Baugenossenschafts. Lageordnung: 1. Geschäftliches. 2. Politischer Ratsbericht. 3. Verschiedenes. — Zahlreicher Besuch erwartet Der Vorstand.

Lössnig u. Döllitz-Dösen. Sonnabend, den 20. Juli, Kinder-Ausflug mit Musikk. nach Wachau. Abmarsch früh 7 Uhr vom Stern (Döllitz) und 10 Uhr von der Friedensscheune (Döllitz). Eintrittsgefege mitbringen. Jedes Kind hat eine Teilnahmegebühr von 20 Pf. zu zahlen. — Zahlreiche Beteiligung erwarten. — Die Vorstände.

Markranstädt. Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Turnhalle der Freien Turnerschaft. Lageordnung: 1. Vortrag über: Die politische Lage — Regierungsbildung im Reich. Referent: Genosse Liebmann, Leipzig. 2. Diskussion. 3. Parteangelegenheiten. — Der Arbeitervorstand ist zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Die Bibliothek bleibt wegen Inventur bis Anfang August geschlossen. Alle entliehenen Bücher sind sofort abzugeben.

Zum Ausdrucken der Leipziger Volkszeitung werden 2 Einsträgerinnen geholt. Sie treten beim Genossen Engelhardt, Schleußiger Straße 15. Der Vorstand.

Möckern. Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, Grosser Nacht-Ausflug mit Musikk. nach der Grünen Au in Möckern-Grebenberg. Abmarsch vom Carolabab pünktlich 8 Uhr. Zu zahlreicher Beteiligung fordert auf Der Vorstand.

Wir machen unsere Mitglieder nochmals auf die in nächster Woche stattfindenden Ferien-Ausflüge aufmerksam. Erster Ausflug Mittwoch, den 28. Juli.

Unsere Parteigenossinnen und Genossen, die der Schule entwachsene Kinder haben, bitten wir, diese der freien Jugendangst zu zuführen. Veranstaltungen finden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, und Sonntags 8 Uhr im Carolabab (Turnhalle) statt.

Naunhof. Sonnabend, den 19. Juli, abends 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof zum Stern, Naunhof. Lageordnung: 1. Bericht über kommunale Angelegenheiten. Berichterstatter: Genosse König, Naunhof. 2. Vereinsangelegenheiten. — Die Mitglieder des Vereins und die Einwohner Naunhofs werden erachtet, zahlreich zu erscheinen. W. König, 1. Vorstand.

Oetzsch-Gautzsch. Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Thüringer Hof, Gautzsch. Lageordnung: 1. Vortrag des Genossen Geibel über: Die ersten Tage der Revolution. 2. Diskussion. 3. Bericht über die Bezirkss-Frauenkonferenz. 4. Verschiedenes. — Zahlreicher Besuch erwartet Der Vorstand.

Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Sonnabend, den 19. Juli, abends 10 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Böhmerwald, Engelsdorf. Lageordnung: 1. Vortrag des Genossen Dittrich, Leipzig, über Die politische Lage. 2. Jugendfragen. — Starten Besuch erwartet D. V.

Taucha. Sonnabend, den 19. Juli, findet im Gasthof Großdorff für Mitglieder ein Sommernachtsball statt. Anfang 8 Uhr. Eintritt 75 Pf., nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Eine zahlreiche Beteiligung wünscht D. V.

Thonberg-Neureudnitz. Die Frauenversammlung über: Die Gefahren der Geschlechtskrankheiten, Referent Genosse Dr. Popitz, findet am kommenden Dienstag, den 22. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im Gasthof Neureudnitz statt.

Zum Sonnabend, dem 26. Juli, abends 10 Uhr, für untere Tätigkeiten Vereinsmitglieder Diskussions-Abend. Vortrag: Der Kapitalismus, eine Vorbedingung des Sozialismus.

Wahren. Das für Sonntag, den 18. Juli, geplante Kinder- und Sommerfest, das wegen ungünstiger Witterung ausfallen musste, soll programmgemäß Sonntag, den 21. Juli, abgehalten werden. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Ortsverein L.-O.

Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 Uhr

im Restaurant Silberpappel

1. Diskussions-Abend.

Staat und Kirche und Schule.

Kirchenaustritt.

Einleitende Worte gehalten vom Genossen Laube. Die Diskussionsabende finden mit den Genossinnen gemeinsam statt. Es werden also die Genossen, vor allem die Funktionäre, Betriebsausschüsse, Arbeiterräte unseres Ortsvereins erlaubt, mit ihren Frauen recht zahlreich und regelmäßig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Asphalteure und Pappdecker

Sonnabend, den 19. Juli, abends 7 Uhr

Mitgliederversammlung im Volkshaus (Café)

Lageordnung: 1. Bericht vom Verbandsrat.

2. Bericht über die Lohnförderung. 3. Kostenbericht vom II. Quartal 1919. — Vollzählig & pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Verein für Volksaufklärung

über Gesundheitspflege

Leipzig-West

Sonntag, den 20. Juli 1919

Sommerfest und Jahrmarktsrummel

der Sängerknaben

in der Gartenanlage

Die Ferienpaziergänge finden ab 21. Juli nachmittags statt.

Sammelpunkt 22. Beiersdorfsche,

Wieseh. Straße, 1/2 Uhr nachm.

Mittwoch, 28. Juli, abends 8 Uhr

Hauptversammlung im

Vereinshause. — Die Geschäftsstelle befindet sich seit dem

15. Juli: Lindenau, Gundorfer Straße 58, III. 1.

Arb.-Radf.-Bund Solidarität, Ortsgr. Markranstädt.

Sonntag, den 20. Juli 1919

19. Stiftungsfest

im Saale der Guten Quelle bestehend in

Reigenfahren und Ball.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Arb.-Radfahrer, Abt. Nord.

Sonntag, 20. Juli, Familien-

Ausflug nach dem Oberholz. Abfahrt nach 2,89 Hauptbahnhof.

Freie Religionsgemeinde Leipzig.

Freienverein. Spaziergang mit Chorkindern, Alter Gotteshof, Wahren, Dienstag, 22. Juli. Treffpunkt 8 Uhr

Endstation Leutzsch.

Metallarbeiter Verband

Wiederholung: Volkshaus, Seilerstraße 82

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und

abends 8-1 Uhr. Tel. 0784. Wiederholung während der

Wochenende müssen gegen Einreihung des Verbands-

buchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Das Kollektivabkommen für die

Metallindustrie ist von beiden Organisationen angenommen. Die

Bezahlung der Löhne nach den

tariflich festgelegten Sätzen tritt

am 30. Juni 1919 in Kraft.

Former und Glesseralarbeiter.

Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr:

Sitzung der Vertrauensmänner und

Arbeiterausschüsse im Volkshaus. Zahl-

reicher Erscheinen erwartet Das Agitationskomitee.

Bauklemperer.

Sonnabend, den 19. Juli, abends 10 Uhr:

Versammlung im Volkshaus. Lageordnung:

1. Was bietet uns der Kollektivvertrag?

2. Verschiedenes. Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht.

Das Agitationskomitee.